

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die schlagspaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. **Mittwoch, den 5. Juli 1899.** Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Fälschung

des Reichstagsberichts erfährt in der Presse immer noch die gewagtesten Deutungen. Der „Frankfurter Zeitung“ wird zum Beispiel von „geschähter Seite“ geschrieben:

Berliner Blätter machen geheimnisvolle Andeutungen darüber, daß die vorgenommene Korrektur in letzter Linie auf „eine sehr hohe Stelle“ zurückgehen müsse, auf eine so hohe, daß der betreffende Beamte geglaubt haben müsse, sicher zu gehen, selbst wenn er nicht mehr Zeit gehabt habe, den Präsidenten zu fragen. Ob wirklich ein Beamter, der einen persönlichen Wunsch des Kaisers erfährt, ihn in dieser Art zu erfüllen sucht, kann völlig dahingestellt bleiben; denn der Kaiser äußert derartige Wünsche nicht. Daß in unserem inneren Staatsleben vieles, sehr vieles aus Rücksicht auf die Person des Kaisers geschieht oder unterbleibt, ist richtig. Aber es ist eine gänzlich falsche Vorstellung, daß da, wo diese Rücksicht genannt wird, ein Wunsch des Kaisers vorliegt. Öffentliche Angelegenheiten für ihre Aufgabe gehalten, den Wünschen ihres Fürsten vorauszuweichen und von ihm alles fernzuhalten, was ihn nach ihrem Bedenken unangenehm berühren könnte. Speziell in Reichstags-Angelegenheiten hat sich bei uns die Auffassung eingenistet, daß es gewissermaßen Aufgabe der Minister sei, für das Wohlverhalten des Reichstages einzutreten. Die Minister fühlten sich gewissermaßen für das Verhalten des Reichstages verantwortlich, was in der Reichstags-Vorstellung die Person des Monarchen ist eine eigene handschriftliche Bericht-erstattung über die Hauptvorgänge in jeder Reichstags-Sitzung eingerichtet. Diese Berichtserstattung gehört ganz regelrecht zum Ressort des Staatssekretärs des Innern, der bei wichtigen Anlässen sich verantwortlich dafür fühlt, daß der Bericht von den Vorgängen der Sitzung die Anschauung wiedergibt, die er für die richtige hält. Diese Berichte müssen so frühzeitig fertiggestellt werden, daß sie den stenographischen Bericht nicht abwarten, sondern ihn höchstens im Herstellungsstadium benutzen können. Statt geheimnisvolle Andeutungen zu machen, sollte man über die ganz bestimmte Frage Aufklärung verlangen, ob die Einschlebung etwa auf einen erläuternden Zusatz zurückgeht, der für Zwecke jenes handschriftlichen Berichts bestimmt war. Man sollte dies umsonst, da auf diese Art der Reichstag selbst doch einmal erfahren würde, welche Verwandnis es mit jenen Berichten über seine Sitzungen hat. Daß der arme Bureau-beamte, der jetzt als Sündenbock hingestellt wird, nicht der eigentlich schuldige ist, geht aus seiner Bestrafung selbst hervor. Denn wenn er nicht als eine „Müge“ erhalten hat, so ist damit der Beweis geliefert, daß man die Hauptschuld einem andern beimißt. Ob dieser andre jemand ist, der der Disziplinargewalt des Präsidenten entzogen ist, insbesondere ob und inwieweit dabei das Ressort des Reichsamts des Innern beteiligt ist, dies aufzuklären liegt allerdings sehr im öffentlichen Interesse.“

Es wird in dieser Auslassung die Vermutung ausgesprochen, daß die Fälschung ursprünglich für den privaten Reichstagsbericht bestimmt war, der für den Kaiser angefertigt wird. Diese Annahme sei dann irrtümlich in das Stenogramm hineingekommen.

Ob es eine geringere Schuld ist, dem Kaiser gefälschte Reichstagsberichte vorzulegen, als dem Reichstag das Stenogramm zu „korrigieren“, mag eine Streitfrage für geprüfte Monarchisten sein. Wir sind trotz unserer republikanischen Anschauung der Ansicht, daß die Fälschung gleich verwerflich bleibt, ob sie nun dem Kaiser oder dem Reichstag zugebacht war. Diese halben Enthüllungen und traurigen Mutmaßungen, diese Verwechslungen und Mißverständnisse erinnern nun in der That mehr und mehr an die französische „Affaire“, und eine an den Drehfus-Sensationen besessene Phantasie könnte jetzt den Zufall, daß der Reichstags-Verichterstatte des Kaisers am Sonntag nach den Justizhandlungen in der Havel ertrunken ist, in einen ursächlichen Zusammenhang mit der rätselhaften Fälschungsgeschichte bringen. Wir sind der Meinung, daß der Fall zu ernst ist, um ihn in dunklen Andeutungen und mehr oder minder waghalsigen Kombinationen allmählich aus der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit heraus zu schwagen. Die Ehre der Reichstagsbeamten und der verantwortlichen Regierung erheischt es, daß eine klare und unzweideutige amtliche Darlegung gegeben wird. Geschieht das nicht, so wird man das Schlimmste vermuten müssen, das nicht aufgekärt werden kann, weil es mächtige Einflüsse bloßstellen würde. Da dieser Fall bei dem Gericht des Reichstags zuständig ist, so wird es auch nicht gelingen, ihn in Ungewissen stranden zu lassen, wie es mit dem Skope- und Tausch-Standal geschehen ist. Auch die agitatorische Kraft, die diese Angelegenheit haben muß, sollte man nicht unterschätzen. Es giebt noch viele „Gutgesinnte“, weil sie Gutgläubige sind; schwindet das Vertrauen dieser Schichten der Bevölkerung zur Weisheit des herrschenden Systems, so ist damit die Opposition um neuen Zug vermehrt.

Auffällig ist das Verhalten des rheinischen Centrums-Blattes, der „Kölnischen Volkszeitung“, die sich bemüht, die Sache als ganz harmlos hinzustellen. Sie schreibt:

„Offensichtlich hat das Bureau des Reichstages die Veröffentlichung im „Reichs-Anzeiger“ mit Rücksicht auf das Erfordernis der authentischen Bekanntmachung irrig und grundlos einschränkend dahin ausgeführt, als müsse die Rede in amtlichen Zeilen des selben veröffentlicht sein, und es war nun bemüht, die jüngste Entscheidung des Herrn Präsidenten mit dieser seiner Auffassung in Einklang zu bringen. Etwas Weiteres ist hinter der Korrektur nicht zu liegen.“

Niemand wird glauben, daß sich das Bureau für befugt hält, eine Meinung des Präsidenten in ihr Gegenteil umzu-
 kehren. Das kölnische Blatt bringt sich und seine Partei in keine günstige Lage, wenn es die Fälschung auf diese Weise zu verschleiern sucht.

Das Manifest der äußersten Linken in Italien.

Aus Rom schreibt man uns:
 Die Abgeordneten, die den verschiedenen parlamentarischen Gruppen der äußersten Linken angehören, haben am 1. Juli folgendes Manifest veröffentlicht:

An das Volk!
 Die äußerste Linke erfüllt die Pflicht, dem Volke von ihrer Tätigkeit Rechenschaft zu geben. Anstatt von dem Parlamente die so oft versprochenen Steuer- und socialen Reformen zur Förderung der nationalen Produktion diskutieren zu lassen, ließ sich das Ministerium auf das chinesische Abenteuer ein, das ebenso unfruchtbar und gefährlich war, wie das afrikanische Abenteuer; andererseits wollte es die Annahme von Maßregeln erzwingen, die die Unterdrückung der verfassungsmäßigen Vereinigungs-, Versammlungs-, Press- und Arbeitsrechte bezwecken, Rechte, welche eine unerlässliche Vorbedingung für das Gedeihen und den Fortschritt eines civilisierten Volkes sind. Und das alles zum Schaden der im Volke wurzelnden Parteien, die die öffentliche Meinung erleuchten und erobern wollen, damit sie Front mache gegen die unheilvollen Folgen einer fiskalischen Unterdrückungspolitik, einer Politik der Verschleuderung öffentlicher Gelder, der Polizeigewalt und des unruhigen Vergießens von italienischem Blut.

Um diesen Verletzungen der verfassungsmäßigen Rechte Widerstand zu leisten, organisierte die äußerste Linke einen parlamentarischen Oppositionsfeldzug, der, sich auf die den Minderheiten garantierten gesetzlichen Mittel stützend, das Parlament aus einem Instrument der Privilegienvirtschaft und des Faschismus zu allen Mißbräuchen der Regierung in eine unüberwindliche Schanze zum Schutze der Freiheit und des Rechts verwandelte. Ohne von dem gesetzlichen Wege auch nur um eines Fingers Breite abzuweichen, gelang es der äußersten Linken — die sich der Annahme von Gesetzen zum Nutzen der Staatswirtschaft nie widersetzt und auch nie widersteht haben würde, wie sie sich jetzt auch nicht der Erörterung des Falles widersetzt — drei Wochen hindurch zu verhindern, daß die verfassungswidrigen Maßregeln zur Annahme gelangen.

Die ministerielle Mehrheit — die doch gegen die Verfassung keine despotische Allmacht haben kann, eine Allmacht, welche civilisierte Staaten nicht einmal den Autokraten bewilligen — zeigte sich schon bei dem ersten Artikel über das Versammlungsrecht reaktionärer als das Ministerium; dagegen war sie unfähig, auch nur die elementarsten Pflichten einer Diskussion zu erfüllen, ja sie fand sich zu den parlamentarischen Sitzungen nicht einmal in legaler Zahl ein.

Nachdem die ersten Ungewissheiten über die Formen, die Richtung und die Wirksamkeit der Opposition geklärt waren, nahm die öffentliche Meinung die defensive Tätigkeit der äußersten Linken immer beifälliger auf. Diese Tätigkeit würde vor unserm eigenen Gewissen und selbst bei unsern Gegnern niemals solche Autorität und Wirkung gehabt haben, wenn sie nicht der Ausdruck eines unantastbaren Rechts zu legitimer Verteidigung der elementarsten Lebensbedingungen eines Volkes gewesen wäre. Als dann, durch eine neue Anwehung des Rechts der Minderheiten, ungenügende Einschränkungen für das Kammerstatut (Geschäftsordnung) in Vorschlag gebracht wurden, setzte die äußerste Linke auch gegen diese denselben Verteidigungsfeldzug fort.

Nachdem man einen Tag über die Änderungen des Statuts diskutiert hatte, vertagte die Regierung, die sich unfähig fühlte, mit Hilfe ihrer Mehrheit und mit Gründen zu liegen, aber dennoch darauf verfaßt war, sich mit Gewalt Geltung zu verschaffen, die Sitzungen der Deputiertenkammer um eine Woche. Und an demselben Tage, 22. Juni, als das Parlament noch geöffnet war und funktionierte, erlangte und veröffentlichte sie ein königliches Dekret, daß eine neue und an einigen Stellen noch reaktionärere Redaktion der politischen Maßnahmen einfiel mit der Drohung — die in der Geschichte des konstitutionellen Regimes durchaus neu ist — sie am 20. Juli auch ohne die durch Art. 8 der Verfassung für jedes Gesetz vorgeschriebene Billigung der beiden Zweige des Parlaments zur Anwendung zu bringen. Als wenn die Exekutivgewalt allein, in einem konstitutionell regierten Lande, willkürlich selbst das Strafgesetzbuch ändern und Strafen und Vermögenskonfiskationen dekretieren könnte!

Als die Kammer am 23. Juni wieder eröffnet wurde, sah die äußerste Linke mit Freude, wie selbst die regierungstreuen Parteien vergeblich erklärten, das Dekret sei verfassungswidrig, das Dekret, das auch der Ministerpräsident in seinen Erklärungen an die Kammer als „nicht gesetzlich“ anerkannte. Nach diesem neuen Gewaltstreich nahm die äußerste Linke ihren Defensivfeldzug mit größerer Energie auf, entschlossen, sich aller Mittel zu bedienen, die das immer noch in Kraft befindliche Kammerstatut den Minderheiten gewährt.

Aber in der Sitzung vom 30. Juni erreichten die Parteilichkeit und die Unfähigkeit in der Leitung der parlamentarischen Arbeiten, die bereits in früheren Sitzungen heftige Proteste hervorgerufen hatten, einen solchen Grad, daß man den Antragstellern von der äußersten Linken das Recht des Namensaufstufs verweigerte und eine Ueberrumpelungsabsimmung herbeiführte, welcher der Präsident der Kammer, der willkürlich auch die Tagesordnung änderte, eine andere ungelegliche Abstimmung folgen lassen wollte. Angesichts des Verfalls der Mehrheit, gegen Recht und Gesetz zu votieren, mußte die äußerste Linke energisch gegen diese neue und wohl vorbereitete Gewaltthat reagieren, da es offenkundig war, daß, wenn sie sie geduldet hätte, sie dann ohne Verteidigungsmittel gegen den von der Mehrheit vorbereiteten endgiltigen Gewaltstreich gewesen wäre, der die politischen Maßnahmen ohne Diskussion und ohne Kontrolle der Minderheit zur Annahme bringen wollte.

Auf diese notwendige Verteidigung des Rechts und der Gesetzlichkeit antwortet man jetzt mit einem Dekret, das die parlamentarische Session für geschlossen erklärt. Die äußerste Linke überläßt denen, welche es angeht, die Verantwortlichkeit für diesen Akt, der zwar im Lande nicht unmittelbare und materielle Gegensätze hervorruft, aber doch dazu beiträgt, bei den civilisierten Nationen das strenge Urteil gegen die unkonstitutionelle Haltung unserer Regierung immer mehr zu verschärfen und bei der großen Mehrheit des italienischen Volkes die Unzufriedenheit und den Haß gegen die Oligarchie, die es ausfaugt und unterdrückt, zu nähern. Die äußerste Linke hat das Bewußtsein, ihre Pflicht getan zu haben, indem sie verhinderte, daß die einen Hohn auf die Verfassung und die Rechte des Volkes bildenden politischen Maßnahmen die gesetzliche Billigung des Parlaments erhielten.

Und zum Schutze der Volkswirksamkeit konstituiert sich die äußerste Linke, die ihre parlamentarische Tätigkeit dem Urteil des Landes unterbreitet, inzwischen als permanentes Komitee, um mit jedem gesetzlichen Mittel sich den Gewaltstreichen der Regierung zu widersetzen, in dem Bewußtsein, daß ihr durch das freie Wort des Volkes anvertrautes Mandat getreu ausgeübt zu haben, und entschlossen, ein unbegrenztes Maß derselben zu sein bis zu den äußersten Grenzen der Achtung vor der Volkssouveränität.

Rom, 1. Juli 1899.
 Aggio, Albertoni, Angiolini, Agnini, Badaloni, Bovio, Bissolati, Beduschi, Barzilai, Verenni, Budassi, Vossari, Bufetti, Veresi, Andrea Costa, Credaro, Celli, Colajanni, Caldesti, Chindamo, De Martinis, De Cristoforis, De Felice Giuffrida, Del Valzo, Del Vuono, Gerri, Fagi, Guerci, Giampietro, Gatti, Gattorno, Girardini, Goravetti, Imbriani, Lofasi, Riccardo Luzzatto, Mazza, Morgari, Ruffi, Mirabelli, Marcora, Rofri, Pavia, Pipitone, Frampolini, Pautano, Panfili, Puma, Pennati, Racciani, Rocca, Rampoldi, Ruffoni, Ravagli, Sani, Sidel, Severi, Soci, Sacchi, Taroni, Toffi, Valeri, Vendemini, Zabeo.

Politische Ueberrumpelung.

Berlin, den 4. Juli.

Der rettende Kuhhandel.

Die Lage in Preußen schien verfahren und wirrer denn je, so daß ohne eiliche Ministerwechsel keinerlei Aussicht auf Lösung der schwebenden Fragen möglich erschien, daß sie und da selbst von Auflösung des Abgeordnetenhauses gestiftet wurde. Doch scheinen die Parteien, die im Dreiklassen-Parlament einseitigste Interessenwirtschaft betreiben, nun sichtlich doch ein Kompromiß zu Wege gebracht zu haben, das Aussicht auf Durchführung der dilettantischen Kanalvorlage sowohl als der Gemeindevahl-Reform bietet.

Die Kanalvorlage scheiterte bisher an dem Widerstand der Agrarier nicht nur, sondern auch des Centrums, das wie im Reichstag so im Abgeordnetenhause ausschlaggebende Partei zwischen Konservativen und Liberalen ist. Das Centrum giebt nichts umsonst ab. Es verlangte die Sicherung der Gemeindevahlreform, durch welche es hofft, die Verwaltung in zahlreichen rheinischen Gemeinden zu gewinnen. Die Gegnerschaft der National-Liberalen gegen diese Centrumspläne laien den Agrariern sehr willkommen, denn so hofften sie die Kanalvorlage zu verschleppen, bis sie bei Beratung der Handelsverträge ihre Kompensationsforderungen geltend machen würden.

Jetzt nehmen die Dinge eine völlig veränderte Richtung. Centrum und Nationalliberalen haben einen Kompromiß in der Gemeindevahlfrage geschlossen. Man überbrückte die ahnungslosen Konservativen in der Kommissionsauskunft am Montagabend mit einem gemeinschaftlichen Antrag Frigen-Sotter, der — neben dem in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen „Durchschnittsprinzip“ bei der Einteilung der Wählerklassen — für Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern, bei Zustimmung von mehr als Zweidrittel der Stadtverordneten-Versammlung, die Klassenbildung durch Zwölfteilung zuläßt. Danach sollen 2/3 der Steuerjume auf die erste, 1/3 auf die zweite, 1/3 auf die dritte Abtheilung fallen. Dieser Antrag bedeutet ein geringes Entgegenkommen des Centrums an die Befürchtungen der rheinischen Nationalliberalen. Die Nationalliberalen haben sich entschlossen, nach dieser Abänderung der Regierungsvorlage das Gemeinde-Wahlgesetz um der Kanalvorlage willen anzunehmen. Das Kompromißbestimmung wurde mit 18 gegen 8 Stimmen in der Kommission angenommen. Herr v. Miquel läßt auch bereits erkennen, daß die Regierung wohl mit diesem Kommissionsbeschlusse einverstanden sein werde.

Die Gemeinde-Wahlreform behält auch nach den Änderungen der Kommission so wenig den Namen einer Reform, daß sie vielmehr eine Erhaltung und Festigung des ungerechtesten Wahlsystems bedeutet, welches dem Reichthum Macht giebt, die Armut zur Ohnmacht auch in den wichtigsten Fragen der kommunalen Verwaltung verurteilt.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhause hat am Dienstag in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die freiwillige Gerichtsbarkeit und die Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher angenommen und sich dann vertagt. Die nächste Sitzung findet, wie der Präsident ausdrücklich erklärte, nicht vor dem 14. August statt.

Das Herrenhause erledigte nur keine Vorlagen, die sämtlich bereits vom Abgeordnetenhause angenommen sind. Erwähnenswert ist lediglich der in veränderter Fassung vom Abgeordnetenhause zurückgelangte Gesetzentwurf betreffend Schutzmaßnahmen im Quellgebiete der linksseitigen Zuflüsse der Oder in der Provinz Schlesien. Ursprünglich hatte das Herrenhause beschlossen, daß für die den Grundbesitzern oder Nutzungsberechtigten aus den Meliorationsarbeiten entstehenden

Nachteile und Kosten zu einem Drittel die Gemeinde und zu zwei Dritteln der Staat Entschädigung zu leisten hat. Das Abgeordnetenhaus hat diese Bestimmung dahin abgeändert, daß die Kosten zu je einem Drittel auf Gemeinde, Provinz und Staat verteilt werden und daß im Falle der Leistungsunfähigkeit einer Gemeinde an ihre Stelle Staat und Provinz zu gleichen Teilen treten. In seiner heutigen Sitzung beharrte nun das Herrenhaus auf seinem Beschlusse, so daß die Vorlage nochmals an das Abgeordnetenhaus zurückzuwandern muß.

Am Mittwoch sollen kleinere Vorlagen und der Justizhaus-Antrag des Grafen Mirbach beraten werden.

Deutsches Reich.

Die Motive der Herrenhäuser. Die Edlen und Getreuen der Herrenhäuser, die der Regierung ans Herz legen, den Justizhauskurs zu entwerfen zu steuern, haben ihrem Antrag auch „Motive“ beigegeben, die noch scheidend sind als der Antrag selbst. Sie haben nämlich ihrem Demonstrations-Antrag zu Gunsten der Justizhausvorlage folgende Begründung beigegeben:

Ein wirksamer Schutz der arbeitwilligen Arbeiter sowie der Arbeitgeber ist aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen dringlich geboten.

Punktum! Wir gestehen, daß die Begründung genau so durchschlagend ist, wie die der Regierungsvorlage und die Reichstagsreden der Minister. Eine Justizhausvorlage ist notwendig. Warum? Darum! Die Herrenhäuser verfahren auf Ehre, ein Gesetz sei notwendig. Diese Erklärung ist Begründung genug; es bedarf keiner weiteren geistigen Arbeitsleistung.

Wenn sich die Herrenhäuser dergestalt um den Reichstag kümmern, so bietet sich dem Reichstag Gelegenheit, sich feinerseits für das Justizhaus zu interessieren. Man wird als Antwort auf die Aktion des Grafen Mirbach und seiner Standesgenossen es nicht unterlassen dürfen, im Reichstag den Antrag einzubringen: „Das preussische Herrenhaus ist abgeschafft.“ Und die Begründung dieses Antrags wird ebenfalls sehr kurz sein können: „Weil es nicht ins zwanzigste Jahrhundert gehört.“

Gewiß ist noch, daß nach einer Auffassung der „Freisinnigen Zeitung“ der Antrag Mirbach, der 42 Unterschriften trägt, lediglich 41 Namen aufweist.

Nicht ein einziger bürgerlicher Name steht unter dem Antrag. Es haben unterzeichnet: 1 Fürst, 17 Grafen, 5 Barone und 19 gewöhnliche Junker, die bloß ein „von“ vor ihrem Namen führen. Fast sämtliche Unterzeichner sind Ostelbier, nur 3 sind im Westen ansässig.

Die Mäule des ostelbischen Junkertums umdüstet das Justizhaus!

Familienverhältnisse des Herrenhauses. Die Ratifikationskommission dieses hohen Hauses hat ihren zweiten Bericht ausgegeben. Danach sind gegenwärtig 828 Berechtigungen auf Sitz und Stimme, die königlichen Prinzen ungerchnet, vorhanden, und zwar mit Erblichkeit 103, auf Lebenszeit 61, für Familienverhältnisse 12, für die Verbände des alten und befestigten Grundbesitzes 90, für Landesuniversitäten 9, für Städte 48. Von diesen haben zur Zeit: von den erblichen Berechtigungen 29, von den Berechtigungen auf Lebenszeit 6, im Ganzen ruhen also 85 Stimmen. Es sind mithin 288 wirkliche Mitglieder vorhanden. Davon sind 5 bisher nicht eingetreten.

Der „Reichs-Anzeiger“ und die Stenogramm-Fälschung. Wir haben neulich darauf hingewiesen, daß in dem Bericht des „Reichs-Anzeigers“ über die Justizhaus-Debatte die Äußerung des Präsidenten Völkstein, „dann ist es etwas anderes“, fehlt. Wir werden jetzt auf Veranlassung der Redaktion des „Reichs-Anzeigers“ darauf aufmerksam gemacht, daß diese Auslassung keine absichtliche Verleumdung der Redaktion des amtlichen Blattes ist, sondern darauf zurückzuführen ist, daß schon die benutzte Parlaments-Korrespondenz die Wendung als belanglos nicht enthalten hat. Allerdings wird uns, was alle Jubelher auf der Tribüne verhierten, bestätigt, daß die Äußerung des Präsidenten sich auf die Worte „dann ist es etwas anderes“ beschränkt habe. Demnach scheint auch der zweite Satz „dann können Sie sie in angemessener Weise erwägen“ selbständig von dem „Korrekter“ des amtlichen Stenogramms hinzugefügt worden zu sein.

Die Justizhausvorlage. Ihre Pfleger scheuen die Wahrheit, die über das schmachvolle Ausnahmegericht gesprochen werden ist, und lassen die Entstellungen, auf denen sie aufgebaut ist, eifrig weiter im Lande herumziehen. Der fasslichst unrichtig bekannte Pastor Hülseke Flugblätterverlag bewährt sein Christentum und seinen Patriotismus durch Verbreitung eines Schand-Flugblattes „Schutz des Arbeitswilligen“, in dem die oft widerlegten Unwahrheiten von neuem aufzuleben. Die Scharfmacherpresse betreibt denselben Verleumdungsfeldzug in der Hoffnung, daß in der Zeit langer Monate die Agitation gegen das Justizhausgesetz absumpfen und ein Umschwung der Stimmung eintreten werde.

Auch die Regierung hält fest an ihrem Plane. Die ungeheure Blamage im Reichstage hat sie erst recht störrisch gemacht und in hartnäckiger Verbissenheit will sie nicht weichen, sondern ihre Aktion bis zu Ende führen. Nicht ohne Fälschung mit Regierungskreisen verbreiten die Kreisblätter die Unwahrheiten der „Denkschrift“. Aus dem Hannoverischen berichtet die „S. A. Z.“, daß das Landratsamt selbst Druckschriften zur Agitation für die zweite Plenarberatung der Vorlage verteilen lassen. Vielleicht entschließt sich die Regierung, einen Kriminalroman voll dummer Bilder vom Arbeiterterrorismus herauszugeben und gratis zu verteilen; so wären die Phantastengreuel der „Denkschrift“ vielleicht noch zu überbieten.

Die heutige Agitation der Reaktion für die Justizhausvorlage fordert eine ebenso und doppelt eifervolle und unablässige Gegenagitation aller Volkfreunde heraus!

Zu dem Verbot des Kaiserhochs in Halle wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Der Regierungspräsident hat der Studentenchaft mitgeteilt, daß er nach Prüfung des Sachverhalts das Verbot der Volkzeiervorstellung, soweit es das Verbot eines Kaiserhochs und einer Bismarckrede auf dem dortigen Marktplatz betrifft, entschieden mäßbillige und leicht bedauern.

„Post“-Posten. Die Scharfmacher begnügen sich nun selbst zu belügen. Der Mörder der terroristischen Schallender-Geschichte des Grafen Potadowsky hat die journalistischen Hofnarren Königs Stamm zu folgender Leistung angereizt:

„Die Verstärkung des Schutzes der Arbeitswilligen ergibt sich, so schreibt die „Post“, umlamehr als eine Notwendigkeit, als die Streitenden sich neue Listen erfinden, um der behördlichen Aufsicht und den Gesetzen sich zu entziehen. Wie jetzt bekannt wird, haben die Polen bei dem Ausbruch in Berlin einen neuen Kniff angewandt: sie veranstalteten Versammlungen und Vorträge unten in den Ruben. Man braucht da keine Anmeldeungen, es kommt keine Aufsichtspolizei, und eine Auflösung kann selbst bei aufreizendster Sprache nicht stattfinden. Diese neue Erscheinung wird, wie man der „Köln. Ztg.“ schreibt, immer in ihrem tatsächlichen Bestande dadurch festgesetzt, daß die ganze Belegschaft eingezogen ist, und trotzdem die Forderung steht. Dies war am Freitag und Sonnabend der Fall, und auch für gestern wurden ähnliche Versprechungen vermutet, so daß Festnahmen den nächsten Tagen mit Bestimmtheit entgegenzusehen.“

Das ist in der That eine so schauerliche Erscheinung, daß Herr Krenndt bei der zweiten Beratung der Justizhausvorlage den Justizparagrafen beantragte: „Vergewaltiger, die unter Tage ohne politische Gemeinnützigkeit miteinander reden, werden mit Justizhaus nicht unter fünf Jahren bestraft.“

Am Ende veranstalten die Leute, wenn der Terrorismus denat um sich greift, noch in der Grube Langkämpfer, ohne daß die Polizei es gestattet hat. Kann so etwas in einem geordneten Staatswesen geduldet werden? Nein, und abemals nein!

Für die zweite Auflage der Denkschrift zur Justizhausvorlage wird man die Grubenversammlungen in Berlin sehr häufig verwenden können.

Die Vermögensverhältnisse haben aus dem Reichs-Verfickungsamt folgende Verfügung erhalten:

„Es ist neuerdings wahrgenommen worden, daß bei mehreren Vermögensverhältnissen die Einnahme, in Unfallrentenbesitz den Rückkurs einzulegen, ohne ihn zu begründen, die Begründung vielmehr erst nach geraumer Zeit mit den Akten nachfolgen zu lassen. Es liegt auf der Hand, daß die Gesetzmäßigkeit, für welche sich in den Unfallversicherungs-Gesetzen und in der kaiserlichen Verordnung vom 6. August 1885 kein Grundlage findet, geeignet ist, eine erhebliche Verzögerung des Rückkursverfahrens herbeizuführen. Die Vermögensverhältnisse werden deshalb ermahnt, in Zukunft von dieser Maßnahme abzuweichen oder sie doch nur ganz ausnahmsweise — in Notfällen — zur Anwendung zu bringen, also möglichst zugleich mit der Einlegung des Rückkurses die Begründung des Rückkurses und die dorthin Allen einzulegen. Da sich in den ersten Instanzen ausreichend Gelegenheit bietet, die streitigen Fälle in tatsächlicher Hinsicht völlig aufzuklären, so wird sich die Ausführung neuer Klagen in der Rekursinstanz in der Regel vermeiden oder doch so einschränken lassen, daß die für die Rechtsverfolgung wesentlichen neuen Aufklärungen innerhalb der Rekursfrist gemacht werden können.“

Es scheint danach bei den Vermögensverhältnissen die Gewohnheit zu bestehen, bei allen Entscheidungen, durch die sie zur Zahlung von Unfallrenten verurteilt werden, auf alle Fälle den Rückkurs einzulegen. Daß dadurch die Geschäfte des Reichs-Verfickungsamts erschwert und verzögert werden, ist selbstverständlich, ebenso, wie es bedauerlich ist, daß die zum Rentenbesitz berechtigten Arbeiter ungebührlich lange warten müssen, ehe sie in den „Genuß“ der an und für sich so bescheidenen Renten gelangen.

Der Kaiser als Dichter. Die Nachricht, daß der Kaiser ein neues großes Dichtwerk geschrieben, wird englischen Blättern aus Berlin gemeldet. Es handelt sich um ein kirchliches Oratorium, zu dem der Kaiser das Libretto verfaßt hat und das schon in diesem Herbst in Berlin zur Aufführung gelangen soll. Ob auch der Kaiser die Musik dazu komponiert hat, darüber verlautet nichts.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Dresdener Landgericht der 20 Jahre alte, noch unbestrafte Steinweg Karl Arthur Richter aus Lenzburg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Richter soll den jächsigsten König in einer Restauration beleidigt haben. Wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht — die Verhandlung selbst war geheim — handelt es sich um eine Verhörung in Beziehung auf die vor einiger Zeit hier stattgefundenen sogenannten Veteranenbrüder, zu welcher Veteranen aus ganz Sachsen hier versammelt waren.

Ausland.

Ein patriarchalisches Manifest.

Der russische „Regierungsbote“ veröffentlicht nachstehendes an den General-Gouverneur von Finnland gerichtetes kaiserliches Reskript:

„Bei der am 18. Mai durch Sie erfolgten Schließung des angedachten Landtages berichtigten wir die Vertreter der Stände über die erregte Stimmung, welche durch die bevorstehende Reorganisation der Militärpflicht im Großfürstentum Finnland und durch die Veröffentlichung des Manifestes vom 3. Februar veranlaßt worden sei. In meinem Befehle erließ ich aus den Mienen des Landmarschalls Salmons, daß die ständischen Vertreter den allgemeinen finnischen Nationen nicht erkannt haben, durch den die Notwendigkeit dieser Maßnahmen bedingt wird, und sich über dieselben unstatthafte Kritiken erlaubten. Ich beauftrage Sie, zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, daß diese Kritiken unrichtig sind und der seit Anfang dieses Jahrhunderts bestehenden Lage der Dinge nicht entsprechen, wonach Finnland ein integrierender Teil des russischen Reiches und von diesem untrennbar ist. Gleichfalls wünsche ich, daß dem finnischen Volke bekannt werde, daß ich bei der Thronbesteigung die heilige Pflicht übernommen habe, für das Wohl aller dem russischen Szepter unterstehenden Völker zu sorgen und es für gut befunden habe, Finnland den besonderen von meinen mächtigen Vorfahren gezeichneten Bau der inneren Gesetzgebung zu erhalten. Als Erbschaft der Vergangenheit übernahm ich die Sorge für die Präzisierung der Beziehungen des Großfürstentums zu dem russischen Kaiserthron. In diesen Erwägungen sind von mir am 3. Februar die Grundbestimmungen bekräftigt worden, welche die Bestimmungen über den Erlass allgemeiner Reichsgesetze, die auch Finnland betreffen, festlegen. In der durch diesen legislativen, auch für die Zukunft verbindlichen Akt festgesetzten Ordnung erhält die zukünftige Thätigkeit des außerordentlichen Landtages ihre Richtung. Diese Ordnung wird auch bei dem definitiven Entwurfe des Militärgesetzes in Erwägung gezogen werden. Indem ich von Ihnen feste Handlungswünsche erwarre, um die richtige Bedeutung der zur Verstärkung der Bande zwischen dem Reich und dem Großfürstentum ergriffenen Maßnahmen in den Gemütern der Bevölkerung zu befestigen, hoffe ich, daß die treuunterthänige Ergebenheit des finnischen Volkes, an der ich nicht zweifle, durch Thatsachen bewiesen und Ihnen die Pimehaltung meiner Direktiven erleichtern werde.“

So redet Väterchen mit seinen finnischen Kindern. Die Kritiken über die Verengung Finnlands sind unstatthafte. Väterchen will nur das Beste seiner Unterthanen, er „präzisiert“ nur die Beziehungen des Großfürstentums zu seinem Reich. Das ist ein netter Ausdruck. In diesem Sinne schlägt er ein Räuber nicht etwa sein Opfer ab, sondern er „präzisiert“ nur seine Beziehungen zu ihm. Väterchen präzisiert, ohne auf irgend welche Einwendungen zu hören. Wir haben gestern mitgeteilt, daß der Jar die Deputation der „Intellektuellen“ Europas, die zu Gunsten Finnlands eine Adresse überreichen wollte, nicht empfangen hat. Ueber diese mißglückte Aktion wird uns geschrieben:

Der Jar hat nicht die Stimme seiner finnischen Unterthanen hören wollen. Die Adresse mit den 630 000 Unterschriften ist von ihm gänzlich undbraucht geblieben. Infolgedessen entstand in mehreren Kulturzentren Europas, in denen der Kampf des finnischen Volkes um sein gutes Recht mit Sympathie gefolgt worden ist, der Gedanke, einen Appell in der Form einer Adresse zu richten. Einen passenden Anlaß dazu bot das Friedensmanifest des Jars, in dem feierlich erklärt wird, daß die Sicherheit des Staates und das Wohlergehen der Völker auf den Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit ruhen müssen. Man war der Ansicht, daß die Adressen sich an die finnische Waisenpension anschließen sollten, in welcher das Volk bittet, seine von fünf Kaisern beschworene Konstitution, seine Rechte und seine uralte Freiheit behalten zu dürfen.

Hervorragende Männer verschiedener Länder nahmen unabhängig von einander den Plan auf, von dem Gedanken geleitet, die geistigen Mächte der Welt gegen das Prinzip der Gewalt zu stellen.

Den 26. Juni sammelte sich in Petersburg eine Deputation, bestehend aus:

- Trarlez, Senator, ehemaliger Minister (Frankreich).
- Bestlaug, Professor des internationalen Rechts in Cambridge, Ehrenmitglied des Institutes für internationales Recht (England).
- van der Blouzzi, Professor des Rechts in Leiden (Holland).
- Veusa, Professor des Rechts in Turin, ehemaliger Präsident des Institutes für internationales Recht.
- Szinnegi, Professor der Sprachwissenschaft an der Universität in Budapest (Ungarn).
- Nordenskiöld, Freiherr, Professor, Entdecker der R.O.-Passagen (Schweden).
- Brögger, Professor, Geolog (Norwegen).
- Roman-Danzen, Augenarzt in Kopenhagen (Dänemark).

Die Adressen von 12 verschiedenen Ländern, die jene Deputation vorzulegen hatte, waren von mehr als 1000 Namen unterzeichnet, welche die ersten Gelehrten, Schriftsteller und Kulturträger der verschiedenen Länder repräsentieren. Unter den Unterzeichnern befanden sich auch eine Menge bedeutender Juristen, wie z. B. Sahm (Leipzig), Gierde (Berlin), Zellinek, Meyer (Heidelberg), Känel (Kiel), v. Maurer (München), Gilly, Le Fort (Schweiz), Lyon-Caen (Paris), Bissel (London), Diocora (Stockholm), Pier Antoni (Rom).

Unter den Schriftstellern und Schriftkern mögen folgende hervorgehoben werden: Sardou, Jola, Flammarion, Euliy-Prudhomme, Anatole France (Frankreich), Jbjen, Björnson, Erich (Norwegen), Amici, Bonfadini, Caducci (Italien), Bergs, Carl Beder, Penbach, Mosegger (Deutschland). Das sind Männer der Kunst und Wissenschaft, Gelehrte, unter denen viele Beltrüm besitzen, wie Hädel, Bichow, Klomfen, Korffe, Poffy, Gaston Paris, Sabatier, Herbert Spencer, Lorel Rister, Hansen, Korel, Lombroso usw.

Diese Männer haben ihr Wort zu Gunsten einer friedfertigen Nation eingelegt, die, weil sie klein ist, vollständig recht und machtlos gegenüber ihrem Unterdrücker ist. Dennoch wird jetzt von Petersburg telegraphiert, daß der Jar die Deputation nicht empfangen hat. Rußland bleibt trotz allem der Barbarstaat in Europa.

Oesterreich-Ungarn.

Demonstrationen gegen die christlich-soziale Gemeindevahl-Reform in Wien. Zwei am Montag wieder abgehaltene sozialistische Protestversammlungen nahmen einen bewegten Verlauf. Die Polizei schritt energisch ein, als sich die Versammlungsteilnehmer unter Pflanzeln auf Luogor entsetzten. Es kam zu wiederholten Zusammenstößen, wobei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Im Ambgebungen zu verhindern, bewachte die Polizei die ganze Nacht die Redaktionen der antisozialistischen Blätter sowie die Wohnungen der christlich-sozialen Parteiführer. Eine dritte fortschrittliche Versammlung, in der ein sozialistischer Redner die Anwesenden zu einer Kundgebung für die belgische Arbeiterchaft aufforderte, wurde behördlich aufgelöst.

Schweiz.

Bern, 2. Juli. (Fig. Ver.) Die Session der Bundesversammlung ist gestern nach vierwöchiger Dauer geschlossen worden, ohne alle die ihr vorgelegten Geschäfte erledigt zu haben. Zu diesen unerledigten Sachen gehören u. a. auch der Rückkurs des Professor Dr. Richter gegen die Ausweisung der drei italienischen Genossen und die Revision des Reichstagesgesetzes. Ueber die Nichterledigung des bürgerlichen Rückkurses läßt sich weniger sagen, da er erst bei Beginn der Session eingebracht worden und die schweizerischen Parlamentarier nun einmal die Praxis haben, nichts zu überflüssigen. Dagegen ist die vom Verband des Personal schweizerischer Transporthelfer in Fluß gebrachte Revision des Ausbetersgesetzes schon seit Jahren auf der Tagesordnung. Die wichtigsten Forderungen des Verbandes sind: Einführung des Rehmundentages und alljährlich ein achtstündiger Urlaub bei Fortzahlung des Gehaltes. Ueber die finanzielle Tragweite dieser Forderungen liegt ein sehr interessanter Bericht des Bundesrates vor, der die Beziehungen der Wohnverhältnisse wiedergibt. Danach würde die Reduktion der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden für die Normalbahnen eine Mehrausgabe von 1 350 000 Fr. pro Jahr zur Folge haben und eine Reduktion von 12 auf 10 Stunden eine jährliche Mehrausgabe von 5 385 000 Fr. Entsprechend werden die eventuellen Mehrausgaben bei den Sekundärbahnen und beim Schiffverkehr berechnet. Inmerhin erklärte der Bundesrat, an der vorgeschlagenen elfstündigen Arbeitszeit festzuhalten. Nun ist die nationalräthliche Kommission auch in Bezug auf die Urlaubsfrage insofern entgegengekommen, als sie beschlossen hat, daß das Jug- und Solomotivpersonal sowie dasjenige der Bahnhöfe vom 6. Dienstjahre an Anspruch auf einen achtstündigen Urlaub haben und das übrige Personal von den geschiedenen 52 Arbeitstagen 8 Tage als zusammenhängenden Urlaub erhalten soll. Damit erklärte sich auch der Eisenbahnminister, Bundesrat Renge, einverstanden. Die Kontrolle über die richtige Ausführung des Gesetzes soll nach dem Antrage der Kommission durch Zagebücher ausgeübt werden, die vom Personal nach nähere Anordnungen des Bundesrates zu führen sind. Ein kleiner Fortschritt stellt also für die Eisenbahner in Aussicht, aber er bleibt weit hinter dem zurück, was sie angestrebt haben. Die soziale Gesetzgebung marschirt eben auch in der Schweiz in langsamem Tempo.

Die nationalräthliche Kommission hat nun den redaktionell bereinigten Text der Versicherungsvorlagen veröffentlicht. Alle drei Vorlagen, betreffend die Kranken-, Unfall- und Militärversicherung sind zu einem Gesetze vereinigt, das ein Umgehung mit rund 400 Artikeln ist und 174 Druckseiten umfaßt.

Frankreich.

Remes, 4. Juli. In Bezug auf den Dreyfus-Prozess vor dem Kriegsgericht wird berichtet, daß keine neue Enquete stattfinden werde. Oberst Carrière werde sich darauf beschränken, seinen Bericht zu erstatten.

Italien.

Rom, 1. Juli. (Fig. Ver.) Heute morgen hat ein königliches Dekret die Session des Parlaments geschlossen und somit den vollständigen Sieg der äußersten Linken bestätigt. Diese hat durch ihr Vorgehen im Parlament den Beweis geliefert, daß der König gegen die Verfassung verstößt; sie hat die Durchführung der neuen Geschäftsordnung verhindert und die Annahme des Diktatur-Dekretes, das die politischen Rechte beseitigt, durch die Kammer vereitelt.

So besteht jetzt der Konflikt nicht mehr zwischen Majorität und Minorität der Kammer, sondern zwischen einem großen Teil des Landes und dem Könige, der gegen die beschworene Verfassung verstoßen hat.

Die große Mehrzahl der Zeitungen, auch derjenigen, welche die Obstruktion verurteilen, erkennt die Ungesetzlichkeit des sogenannten Diktatur-Dekretes an und hofft, daß die Berichte es nicht anerkennen werden, sobald es angewendet werden sollte.

Spanien.

Zu den Urnen. Aus Barcelona wird berichtet: Mit dem Einbruch der Nacht führten gestern Abend einzelne Gruppen Feie gegen die Kaufhäuser zu schleudern. Zwei Geisliche wurden verhöhnt. Die Wachen stellten die Ordnung wieder her. — In Alicante bewarf eine Volksmenge die Leber, deren Schließung verweigert wurde, mit Steinen und steckte ein städtisches Steuerhäuschen in Brand. — In Valencia wurden die Ansammlungen der Menge durch Kavallerie zerstreut. Die Nacht verlief ruhig. — In Saragossa herrschte große Erregung, die den Ausdruck von Unruhen besaßen läßt. In Barcelona beschloß eine Versammlung von Industriellen, sich der Auferlegung neuer Steuern zu widersetzen.

Rußland.

Professor Schenk und die russische Thronfolge. In der von Karl Kraus herausgegebenen Wiener satirischen Zeitschrift „Die Fackel“ finden wir folgende Notiz:

Herrn Schenk's Theorie von der künftigen Beeinflussung des Geschlechtes der Kinder hat einen majestätischen Stroh erlitten. Es ist dem Wiener Professor der Embryologie und Vorstand des Institutes für Embryologie, der sich zu einer Art von wissenschaftlichem Reichthümer für Mütter und solche die es werden wollen, herausgebildet hat, es ist Herr S. Schenk nicht gelungen, die Zukunft der Dynastie des Hauses Romanow-Hollin-Gottorp durch einen männlichen Erben zu sichern. Die Kaiserin Alexandra hatte ohne Schenk's Vorwissen am 15. November 1895 die Großfürstin Olga und am 10. Juni 1897

die Großfürstin Tatjana geboren. Da ließ sich denn Herr Professor S. Schenker herbei, einem ehrenvollen Rufe — Samuel Hill! — an das Petersburger Hoflager zu folgen, und siehe da, der Jar wurde am 26. Juni mit einer dritten Tochter überrascht. Der zu so schönen Hoffnungen berechtigende Wiener Fachmann verließ ein enttäuschtes Herrscherpaar, das er von der bangen Sorge um einen Kronprinzen nicht zu erlösen vermocht hat. Demnach dürfte es ihm auch nicht gelingen sein, die Klasse des russischen St. Annenordens, den früheren Verdienste ihm verschafft haben, um einen Grad zu erhöhen. —

Serbien.

Wie in Serbien liberale und demokratische Ideen ausbreiten, darüber wird aus Bukarest vom Montag gemeldet: Die Deputiertenkammer nahm mit 84 gegen 7 Stimmen den Adressentwurf in der Spezialdebatte an. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident Cantacuzino, die konservative Partei verhielte sich nicht den liberalen und demokratischen Ideen; die Regierung sei fest entschlossen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und gegen sozialistische sowie andere Agitatoren mit Strenge vorzugehen. —

Afrika.

Südafrikanische Republik. Pretoria, 3. Juli. Zu Anfang der heutigen Sitzung des Volksrates forderte Präsident Kruger die Mitglieder desselben auf, in der Frage der Unabhängigkeit Transvaals Festigkeit zu zeigen und legte den Entwurf zu einer Erweiterung der Vertretung der Goldfelder im Volksrat vor, welcher für Johannesburg zwei weitere Mitglieder vorsieht.

London, 4. Juli. Dem „Standard“ wird aus Kimberley (Kapkolonie) telegraphiert, daß die Behörden des Oranjerestaats unter die an der Westgrenze gegen Kimberley zu wohnenden Bürger Waffen und Schießbedarf verteilen.

Amerika.

Wahlkreis der südamerikanischen Republiken. Buenos Aires, 3. Juli. Wie verlautet, wird Präsident Roca Mitte Juli nach Uruguay abreisen; er wolle dort seinen Vorschlag einer Alliance der vier östlichen südamerikanischen Republiken unterbreiten. Er soll beabsichtigen, die Präsidenten derselben zu einer Konferenz in Buenos Aires für den Herbst einzuladen, auf der mit dem Präsidenten von Chile über die Herabsetzung der Zölle in Südamerika beraten werden solle. —

Verächtigung. In dem gestrigen Artikel „Ein sächsisches Urteil“ ist durch Versehen der Schlußsatz des vorletzten Absatzes fortgefallen. Es mußte dort im Zusammenhang heißen:

Würde diese Auffassung des Dresdener Gerichts dem Reichsgericht vorgelegt werden können, so wäre, gemäß der von diesem gelübten Spruchpraxis, die Aufhebung des Urteils und die Einstellung des Verfahrens sicher zu erwarten. Da aber entgegen der sonst üblichen Verweigerung von Beamtenbeleidigungen an das Landgericht dieser Prozeß dem Schöffengericht zur Aburteilung übergeben wurde, verbleibt er im Rahmen der Dresdener Judikatur; das Oberlandesgericht in Dresden ist die oberste Instanz.

Die Ausstandsbewegung der polnischen Bergarbeiter

Ist zwar als endgültig erloschen zu betrachten, die dabei zu Tage getretenen Begleiterscheinungen beschäftigen aber nach wie vor die gesamte Presse auf das lebhafteste. Die Scharfmaschepresse wiederholt täglich wider besseres Wissen die Behauptung, daß der Streik doch von sozialdemokratischer Seite aus angefaßt worden sei; zum mindesten sei der Berliner Leitung der polnischen Sozialdemokraten die Schuld beizumessen. Wir haben diese läghafte Behauptung bereits widerlegt. Jetzt hat nun die polnisch-sozialistische Parteileitung einen Aufruf an die freilebenden Landsleute des weisfällischen Bergwerkesbezirks erlassen. Sie ermahnt darin die polnischen Arbeiter ausdrücklich, sich zu keinerlei Ausschreitungen hinreißen zu lassen, und warnt sie vor unüberlegtem und unvorbereitetem Streik. Der Vorstand der polnischen Sozialistenpartei verwahrt sich auf das entschiedenste gegen die Behauptung, den Streik von Herne und einige Folgeerscheinungen seien auf seine Initiative zurückzuführen. Für eine solche Behauptung liege nicht der mindeste Beweis vor. Unter den Ausständigen seien fast gar keine Sozialdemokraten. Der Organisation gehöre nur eine verschwindende Minderheit an. Ein großer Teil von ihnen stehe auf streng religiösem Boden und gehöre katholischen, von Geistlichen geleiteten Vereinen an. Die seiner Zeit in Essen, Bochum usw. ins Leben gerufene polnisch-sozialistische Organisation hätte sich auf die Dauer nicht halten können. In Herne bestände eine sozialistische Organisation nur in Gestalt eines polnischen Hilfsvereins.

Die „N. W. B. Z.“ bemerkt in häßlicher Weise dazu, daß dies „Abblasen“ zu spät käme. Wie konnte die Zeitung „abblasen“ von Dingen, deren Kommen ihr gänzlich unbekannt war, und von dem sie ebenso überrascht wurde, als alle übrige Welt? Dagegen kann die „N. W. B. Z.“ nicht in Abrede stellen, daß die sozialdemokratische Presse sich von Anfang an gegen den Ausstand in Herne ausgesprochen und die polnischen und anderen Arbeiter ermahnt hat, sich nicht auf eine Arbeitseinstellung einzulassen, von der man sich keinen Erfolg versprechen könne. Die Leiter der Sozialdemokratie sind eben klüger als die polnischen Arbeiter in und bei Herne, die in jeder Beziehung kopflos gehandelt haben.

Wenn die „N. W. B. Z.“ dies einseht, dann möge sie auch die richtigen Schlußfolgerungen ziehen und mit uns fordern, daß ein vollständig freies Koalitionsrecht gewährt werde, damit auch die ungeschickten polnischen Arbeiter durch ihre deutschen Klassenossen organisiert und erzogen werden können. Statt dessen will auch sie aus den Vorkommnissen um Herne die Notwendigkeit scharferer Strafbestimmungen ableiten, ja sie plädiert sogar für eine Wiederholung des nichtswichtigen Schwindels, der 1878 mit den Attentaten gegen die Sozialdemokratie gemacht wurde. Diesen Ideengang nehmen übrigens auch die „Berl. Pol. Nachr.“ des Herrn Schweinburg in ihre Spalten über. Wir sollten meinen, daß, wenn man einmal 12 000 Mark für die Belämpfung der Arbeiter ausgiebt, dann doch wenigstens ein eigener Gedanke verlangt werden könnte. Nun, da die Unternehmer, die das Geld blechen, damit zufrieden sind, wir sind es schon immer.

Interessant ist, was der „N. W. B. Z.“ aus dem Ruhrbezirk berichtet wird: „Nachdem der Ausstand sowie die damit verbundenen Krawalle der polnischen Bergarbeiter im Ruhrbezirk aufsehenerregend vorläufig ihr Ende erreicht haben, beabsichtigen die organisierten Knappen, bei den Zechen dahin vorstellig zu werden, zur Wahrung des Rufes des Bergarbeiterstandes bei der Annahme fremder Arbeiter eine schärfere Auswahl zu treffen, als dies bisher der Fall gewesen ist. Diese Vorstellung soll in demnächst anguberaumenden Versammlungen in Form von Resolutionen gemacht werden. Auch in den Kreisen der Zechenbesitzer wird bereits die Frage ventiliert, ob es angeht, der Zügellosigkeit der polnischen Arbeiter nicht zweckmäßig sei, die Beschäftigung solcher thunlichst einzuschränken und durch Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Wohlfahrtsanrichtungen deutsche Arbeiter in größerer Anzahl für die Bergarbeit zu gewinnen. Es dürfte dies in der That der einzige richtige Weg zur Lösung der Bergarbeiterfrage im hiesigen Bezirk sein. Diese Frage hat

sich während der letzten fünf Jahre geradezu zu einer brennenden Gefahr, die ihrer Lösung dringend bedarf. Der Mangel an Berufs-Bergarbeitern wird auf den Zechen immer größer, während die Zahl der polnischen Arbeiter sich in einem Zeitraum von fünf Jahren um rund 40 000 vermehrt hat. Diese fremden Arbeiter sind wegen ihrer Zügellosigkeit, Neigung zur Völlerei und Gewaltthätigkeiten nicht nur zu den gefährlichsten Bergarbeitern wenig geeignet, sondern auch bei der einheimischen Bevölkerung sehr gefürchtet. Eine Verbesserung ist aber nur in der oben angegebenen Weise zu erzielen, weshalb die Zechen gut thun werden, den Wünschen und Vorwünschen der organisierten Arbeiter Gehör zu schenken und recht bald eine Säuberung in den Belegschaften vorzunehmen. Dabei darf jedoch nicht die politische Parteilichkeit der Arbeiter, sondern nur ihr moralischer Wert in Frage kommen. Die bisherige Abneigung der Zechenbesitzer gegen Arbeiterorganisationen muß unbedingt aufgegeben werden, denn gerade mit organisierten intelligenten Arbeitern werden die Arbeitgeber am leichtesten vorkommende Streitigkeiten ausgleichen und Mißverständnisse aufklären können. Berharren aber die Zechen auf ihrem bisherigen Standpunkt, so werden die Zustände in der Arbeiterbewegung des Kohlenreviers niemals aufhören und sich immer gefährlicher und verderblicher für den Bergbau gestalten. Discite moniti!“

Im wesentlichen ganz unsere Meinung, aber — die Zechenbarone werden die Stimme nicht hören, sie werden an dem absolutistischen Herrenstandpunkt festhalten. Von ihm werden sie auch nicht eher abgehen, bis die organisierte Arbeiterschaft mächtig genug geworden, sie dazu zu zwingen. Ist es doch viel einfacher, gegen eventuelle Ausschreitungen indisciplinierter Massen Militär und Polizei zu Hilfe zu rufen?

Uebrigens wird die Herbeirufung des Militärs für die Zechenbesitzer auch noch unangenehme Folgen haben. Unser Bochumer Korrespondent schreibt uns darüber: „Nicht allein, daß die Zechen für die Kosten aufkommen sollen, welche das Militär verursacht, denn die Stadt Herne, die 1889 zur Streikbewegung sich für das herbeigerufene Militär mit 80 000 Mark belastete, will diesmal nichts wieder zahlen, sie verlieren aber auch eine ganze Masse Arbeiter; auf Schaurock I und II haben allein vergangene Woche gegen 400 Mann die Arbeit genommen. Die bürgerlichen Zeitungen berichten bloß von Entlassungen unangenehmer Elemente, die freiwillig Abgehenden verschweigt man.“

Nun, was die Kosten für die militärische Hilfe anlangt, so wird die Regierung hoffentlich mit den armen Zechenbesitzern einsehen lassen.

Partei-Nachrichten.

Die Protestbewegung gegen die Jagthausvorlage dauert, in der richtigen Erkenntnis, daß mit dem Abschluß der Reichstagsverhandlungen die Gefahr für das Koalitionsrecht keineswegs beseitigt ist, fort. Die Generalcommission, die alle Versammlungen, deren Teilnehmerzahl usw. registriert, veröffentlicht in der letzten Nummer des „Korrespondenzblattes“ deren wieder eine große Zahl aus allen Orten, in welchen Versammlungen stattfanden, wird berichtet, daß diese unerschütterlich stark besucht worden sind. Aus einigen Orten wird berichtet, daß überhaupt noch keine so stark besuchte Versammlung stattgefunden habe. Die Regierung dürfte nunmehr wohl bald erkennen, daß die Arbeiterschaft nicht ihrer Meinung ist, daß das Gesetz nicht gleichbedeutend mit Aufhebung des Koalitionsrechts wäre.

Belehrt wird die Regierung sich durch diese Bewegung wohl kaum lassen, und wird es deshalb hauptsächlich darauf ankommen, den Volkvertretern durch Fortsetzung der Bewegung den Rücken zu steifen, damit im Herbst die Vorlage schleunigst in den Papierkorb des Reichstages fliegt.

Ein Geistlicher — Sozialdemokrat. Die Dronheimer „Dagosposten“, das größte Blatt der Stadt, bringt einen Artikel von Pastor Heiberg, worin derselbe seinen Anschluß an die Sozialdemokratie erklärt, da die kapitalistische Ausbeutung abgelehrt werden möchte. Die vereinigten und kampfbereiten Kapitalisten der ganzen Welt führten einen Kampf gegen die arbeitenden Massen, wobei sie sich auf die Gesetzgebung, die Polizei und das Militär stützen könnten. Die letzte Ursache zu diesem offenen Auftreten des Geisteslichen ist das Verfahren der dänischen Arbeitgeber in der großen Arbeiterausperrung.

Totenliste der Partei. In Sera ist der Parteigenosse Hermann Stroh einer unheilbaren Leberkrankheit, an der er schon lange litt, erlegen. In ihm verlieren die Seraer Genossen einen langjährigen Mitarbeiter.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beleidigung des Betriebsführers Ehemann von der Zeche Steingard bei Altendorf wurde vom Bochumer Schöffengericht der Redacteur O. Hus von der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Der § 103, Wahrung berechtigter Interessen — Hus hat in einer 103. seiner Zeitung Mißstände in der Grube Steingard gerügt — wurde ihm nicht zugebilligt; auch nahm das Gericht nach Anhörung von 11 Zeugen an, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht gelungen sei. Die Verurteilung zeigte sich in ihren Aussagen etwas befangen, der Betriebsführer stand dicht an ihrer Seite.

Zieg der Kohlengräber in Montceau-les-Mines.

Paris, 30. Juni. Nach 23 Tagen hat der Streik am 29. Juni siegreich geendet. Der Erfolg ist auf die gleiche Linie zu stellen mit demjenigen der Metallarbeiter des benachbarten Creusot. In beiden Fällen handelte es sich um das Erwerben einer vollständig genehmigten Arbeiterschaft. In Montceau kämpften die Arbeiter noch ausgeprägter als in Creusot für die moralische Befreiung. Die Lohnforderungen spielten in Montceau eine ganz untergeordnete Rolle. Die Kohlengräber haben folgende Forderungen durchgesetzt: Anerkennung der (erst im Beginn des Streiks gebildeten) Gewerkschaft, keine Mehrregelungen wegen des Streiks; Verpflanzung der Gewerkschaft, die Gewissensfreiheit der Arbeiter zu achten, d. h. Ausschließen des Zwanges für die Arbeiter, ihre Kinder in die kirchlichen Arbeitsschulen zu schicken, und Behaltung der Ordensschwwestern aus den Frauen-Werkstätten, wo die Arbeiterinnen zum Weiten angehalten wurden; Abschaffung der privaten Geheimpolizei der Gesellschaft und Entlassung der drei Chefs der Spindelbände; Lohnauszahlung alle zwei Wochen anstatt der dreimonatlichen Lohnauszahlung, die die Arbeiter dem Truchsystem mit gefesselten Händen auslieferte; das Recht auf die proportionale Alterspension (im Verhältnis zu den Arbeitsjahren) nach dem vollständigen dritten Arbeitsjahre — zweites Verbot der Wandervers der Gesellschaft, mißliebige Arbeiter kurz vor der Zeit der vollen Pensionsberechtigung zu entlassen und sie so um die Pension zu prellen. Nur die Forderung der Lohnerhöhung für die Frauen wurde nicht bewilligt bezw. aufgehoben.

Von hoher Bedeutung ist ferner die Disciplin, die ca. 12 000 unorganisierte, jahrelang genehmigte Arbeiter über drei Wochen beobachtet haben. Disciplin nach zwei Richtungen hin: Kein einziger Arbeiter wurde abtrünnig und keine einzige Gewaltthat wurde von den Streikenden begangen, trotz der Herausforderungen der Geheimpolizei der Gesellschaft.

In Montceau, wie in Creusot, haben die Sozialisten das meiste für den Erfolg des Streiks getan. Die sozialistischen Abgeordneten lösten einander ab, stets den Streikenden mit Rat und

Mut bestehend. Der Ausgang des Streiks ist daher ein direkter Erfolg auch für die sozialistische Bewegung. Von nun an hat das kämpfende sozialistische Proletariat in die kapitalistisch-feudale Zwangsburg von Montceau Bresche geschlagen.

Der Erfolg wurde ferner sehr begünstigt durch den sozialistischen Minister Millerand. Die Gesellschaft hatte nachweisbar während der Ministerreise auf das Zustandekommen eines reaktionären Kabinetts spekuliert. Mit dem Eintritt Millerands ins Ministerium schwand für sie jede Hoffnung, den Streik durch militärisch-polizeiliche Gewaltmaßnahmen zu erdrücken. Sie wurde sofort nachgiebig. Auf die telegraphische Nachricht seitens der in Montceau thätigen sozialistischen Abgeordneten Léonard, Lassalle und Dufour, daß die Militärbehörden sich verschiedene Herausforderungen zu schulden kommen ließen, erwiderte Millerand sofort die schleunige Beendigung der vom Präfecten bis dahin verschleppten Unterhandlungen mit der Gesellschaft. Das geschah buchstäblich binnen 24 Stunden. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zwischen den streikenden Breslauer Dachdeckern und deren Meistern haben Einigungsverhandlungen stattgefunden, ohne daß eine Verständigung erzielt worden wäre. Die Unternehmer wollen die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 77.

Die Puder, die gestern, Dienstagabend, bei Keller, Koppensstraße, eine öffentliche Versammlung abhielten, beschloßen, den Unternehmern bei den geplanten Verhandlungen vor dem Einigungsamt nachstehende Forderungen, die wiederholt eingehend beraten wurden, zu unterbreiten:

1. Als dringend notwendig halten die Puder die Einführung der Lohnarbeit und daß die Puder durch ihren Arbeitsnachweis vermittelt werden. Als Lohn wird bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit 8 M. pro Tag gezahlt. Dieser Lohn tritt mit dem 1. September in Kraft.

2. Sollten die Arbeitgeber die Einführung der Lohnarbeit nicht bewilligen, so wird von den ca. 1000 im Centralverband der Maurer organisierten Pudern die 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 8 M. pro Tag Abschlagszahlung aufrecht erhalten. Für die Verbeschaffung des Materials durch Hilfsarbeiter hat der Unternehmer Sorge zu tragen.

3. Wenn bei Innenputzarbeiten bei künstlichem Licht gearbeitet werden muß, so hat der Arbeitgeber dasselbe zu liefern. Gleichfalls ist für die Beleuchtung der Gänge zu sorgen.

4. Für besonders notwendig halten die Puder die Einführung eines gleichartigen Arbeitsvertrages. In demselben muß besonders ausgeführt werden, daß bei allen Accordverträgen ein Mindestlohn von 8 M. gesichert wird, auch wenn der veraccordierte Preis nicht zureicht.

5. Das Liefern von Rüstzeug, Latten, Schablonen ist nicht Sache der Puder. In Bezug auf die Polizei- und Unfallverhütungsvorschriften beim Gerüstbau übernehmen die Puder keine Verantwortung. Es soll vielmehr der Arbeitgeber gehalten sein, genügend Rüstzeug auf der Baustelle zu haben, um vorrätigsmäßig die Rüstung bauen zu können. Viele Unglücksfälle würden vermieden werden, wenn die Rüstung im Lohn gemacht würde.

Achtung, Formner! In der Mächtschen Eisen- und Stahlgießerei, Inhaber Rosenberg, Rigdorf, sind Differenzen ausgebrochen. Die daselbst beschäftigten 20 Formner wurden infolge Lohnstreitigkeiten, sowie wegen Verweigerung der Aufertigung Leipziger Arbeit entlassen. Zur Erklärung dient, daß besagte Firma dem Verband der Industriellen beigetreten ist. Zugug ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Holzarbeiter des Wadenerberger Bezirks sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Lohncommission hatte eine 15prozentige Lohnaufbesserung und zehnstündige Arbeitszeit gefordert. Der Junungs Vorstand antwortete ablehnend, und so ist am Montag in allen Werkstätten von den Gesellen geländigt worden. Einige Meister haben bewilligt.

In Bremerhaven ist nun auch der Streik der Zimmerer beendet, nachdem derselbe acht Wochen gedauert. Die Unternehmer haben erklärt, die Streikenden nach Bedarf wieder einzustellen; die ausständig gewordenen Maurer sind bereits fast alle wieder in Arbeit.

Die Arbeiter der Deutschen Schuhfabrik in Erfurt haben am Montag früh die Arbeit nicht mehr aufgenommen.

Lohnbewegung im Wupperthal. Die Färber in Elberfeld haben am Montag, 30. Juni, die Arbeit eingestellt. Da ihnen der geforderte Lohn von 21 M. pro Woche nicht bewilligt wurde. Zu dem Ausstand der Färber schreibt die Elberfelder „Freie Presse“: „Vor nunmehr 11 Jahren war es, als die Färber zum letztenmal hier in einem Streik eingetreten waren. Damals kämpften sie ebenfalls fast um die gleichen Bedingungen. Aber zwischen heute und damals ist ein großer Unterschied. Damals waren die Färber fast gar nicht organisiert und die Arbeiter der anderen Branchen auch nur wenig. Heute steht eine kompakte Masse da als organisierte Arbeiterschaft, die sich zum größten Teil solidarisch mit den organisierten Färbern erklärt hat. Dazu kommt, daß die Arbeiten in den Färbereien aufgehäuft liegen und die Kaufleute drängen auf Befreiung. All diese Umstände tragen dazu bei, daß der ausgebrochene Kampf zwischen den Färbern und den Färbereibesitzern sehr zu Gunsten der Färber liegt. Die auswärtigen Färber thun gut, jetzt Elberfeld zu meiden.“

Die Maurer beschloßen ebenfalls, in den Ausstand einzutreten, da die Baugewerkschafts-Innung auf ihre eingereichten Forderungen nicht eingehen will.

Die Zimmerer stehen bereits zum Teil im Lohnkampf. Sie hatten einen Minimallohn von 45 Pfg. und die 10 stündige Arbeitszeit gefordert. Die Meister wollen nur einen „Durchschnittslohn“ von 45 Pfg. anerkennen, im übrigen nach Leistung zahlen. Hierzu haben die Zimmerer beschlossen, daß, falls bis zum 8. Juli eine Verständigung nicht erzielt ist, die Arbeit niedergulegen.

Der Maurerstreik in Dresden hat wieder größere Dimensionen angenommen. Von den zu den alten Bedingungen arbeitenden Maurern haben neuerdings 600 auf 84 Bauten die Arbeit eingestellt. Obwohl sofort eine größere Anzahl der Streikenden zu den neuen Bedingungen untergebracht werden konnten und ein Teil abgereist ist, befinden sich noch 490 Mann im Ausstand. 88 Unternehmer haben bis jetzt die Forderungen bewilligt. Die Behörden sind in herborragender Weise thätig; Sicherungen Verhaftungen und Anklagen sind an der Tagesordnung. Zugug ist fernzuhalten.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten, da bürgerliche Blätter die falsche Nachricht verbreiten, der Streik sei beendet.

Die Leipziger Formnerausperrung zieht immer weitere Kreise. In Leubnitz (Sachsen) haben etwa 30 Formner am Montag die Arbeit niedergelegt, weil sie Leipziger Arbeit anfertigen sollten.

In der Rirchnerischen Fabrik zu L. Selterhausen ist durch Anschlag bekannt gegeben worden, daß aus Anlaß des Formnerstreiks die Arbeitszeit für die Schloffer (mit Ausnahme der Hobler und Dreher) auf täglich sechs Stunden reduziert wird. Von der Maßregel werden etwa 300 Personen betroffen.

Maurerstreik und Regierung in Darmstadt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kramer hatte den hiesigen Justizminister privatim über die Stellung von Maurern seitens der Gefängnisverwaltung an die Unternehmung als Erlaß für die streikenden Maurer befragt. Der Justizminister erklärte, daß die Regierung nicht die Absicht habe, im gegenwärtigen Maurerstreik die eine oder die andere Partei zu unterstützen; er habe die Gefängnisverwaltung sofort angewiesen, den Unternehmern keine Gefangenen mehr zu stellen, die die Arbeiten der streikenden Maurer verrichten sollen.

Zum Augsburger Maurerstreik. Die vom Regierungspräsidenten angebahnte Vermittelung zwischen Unternehmern und Streikenden ist durch das Verhalten der ersteren als gescheitert zu betrachten.

Ausland.

Demonstration für die Sonntagruhe.

Die Wiener Handlungsgehilfen haben am vergangenen Sonntag eine wirkungsvolle Demonstration zu Gunsten der Sonntagruhe veranstaltet. Nach einer Verordnung der Statthalterei ist die Sonntagruhe im Wiener Handelsgewerbe nach folgenden Grundregeln neu geregelt worden: A. Nichtlebensmittel-Geschäfte. (Auch Verkauf bei Produktionsgewerben, Pfandleihern, Trödlern). Vom 16. Juni bis 30. September vollständige Sonntagruhe. Vom 1. Oktober bis 15. Juni Warenverkauf bis 11 Uhr gestattet, Comptoirarbeit gänzlich verboten, alle übrigen Arbeiten (Ordnung des Lagers, Arrangieren der Auslagen, Verpacken, Expedieren, Agentieren, Mustermachen u. u.) gänzlich verboten. B. Lebensmittelgeschäfte. Vom 16. Juni bis 30. September Verkauf von Lebensmitteln von 5 Uhr früh bis 10 Uhr vormittags gestattet. Vom 1. Oktober bis 15. Juni Verkauf von Lebensmitteln von 8 Uhr früh bis 10 Uhr vormittags und von 6 Uhr bis 8 Uhr abends gestattet. Wer abends arbeitet, muß den nächsten Sonntag ganz frei oder einen freien halben Wochentag bekommen. C. Comptoirarbeit in Fabriken. Während des ganzen Jahres vollständige Sonntagruhe.

Das bedeutet eine Errungenschaft, von der wir, wie das hiesige „Handlungsgehilfen-Blatt“ mit Recht sagt, hier im Reiche der Arbeiterfürsorge noch sehr weit entfernt sind. Die sozialdemokratischen Handlungsgehilfen Wiens, deren eifriger Agitation diese Maßnahmen namentlich zu danken ist, geben sich mit den Erfolgen noch nicht zufrieden; sie wollen nicht eher ruhen, als bis für alle Comptoirangestellten die volle Sonntagruhe für alle Sonntage des Jahres erreicht ist. Um für diese ihre Forderungen zu manifestieren, hatten sie für Sonntagvormittag drei Versammlungen anberaumt. Nach Schluß der im VI. Bezirk abgehaltenen Versammlung kam es zu einer sehr stürmischen Straßen demonstration vor einem Geschäftshaus (Firma A. Janowitz). Entgegen den Bestimmungen über die Sonntagruhe ließ die Firma ihre Angestellten arbeiten und sperrte selbst dann ihr Lokal nicht, als auf Veranlassung mehrerer Passanten ein Wachmann den Firma-Inhaber hierzu aufforderte. Die im VI. Bezirk versammelten Handlungsgehilfen, die hier von verständigt wurden, zogen nun in der Stärke von 200 Personen zu dem noch immer geschlossenen Geschäftshaus. Ihnen hatten sich noch viele zufällig des Weges kommende, ferner zahlreiche in der Nähe dieses Geschäftshaus wohnende Buchdrucker und andere sozialdemokratische Arbeiter angeschlossen, so daß in wenigen Minuten die Straße mit Demonstranten dicht gefüllt war. Aus der sehr erregten Masse erschollen nun stürmische Rufe der Entrüstung. „Infernen! Ausbeuter! Sonntagruhe!“ usw. ertönte von allen Seiten. Als bald darauf die Angestellten der Firma aus dem Lokal kamen, wurden sie mit stürmischen Rufsen begrüßt. Es gelang nur mit Mühe, einen der Geiseln, der als letzter das Geschäft verließ, vor dem Ansturm der entrüsteten Menge zu schützen. Die Demonstration, die in der Umgebung bedeutendes Aufsehen machte, war nun beendet, und die Demonstranten zerstreuten sich unter Absingung des Liedes der Arbeit.

In gleich imposanter Weise verliefen die anderen zwei Versammlungen.

Sociales.

Arbeitererfiskto. Aus Odessa wird berichtet: Ein entsetzliches Unglück hat sich im Kohlenbergwerk Krinog ereignet. Bei Sprengung eines Kohlenhautes ist durch Unvorsichtigkeit eines Bergmannes eine Dynamitpatrone zu früh explodiert. 41 Bergleute sind tot, über 20 schwer verwundet.

Der freie Rückgang der Handweber in Schlesien wird wieder durch den Bericht der schweidnitzer Handelskammer dargestellt. In diesem Bezirk, der die Kreise Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg umfaßt, hat sich die Anzahl der Handweber, die im Jahre 1896 von 7800 auf 6750, also um 7,4 Proz., und im Jahre 1897 von 6750 auf 6310, also um 6,6 Proz. zurückgegangen war, im Jahre 1898 wiederum um 9 1/2 Proz. vermindert, da sie von 6310 auf 5721 zurückging.

Ueberstundenarbeit in Rußland. Die Bestimmungen bezüglich der zulässigen Ueberstunden in Fabriken haben durch ein kürzlich erlassenes Circular des kaiserlich russischen Departements für Handel und Industrie folgende offizielle Erläuterung erfahren: Nach dem Sinne des bezüglichen Gesetzes ist die Ueberstundenarbeit, die vom gesamten Arbeiterpersonal oder von einzelnen Arbeitergruppen desselben geleistet wird, zulässig; nur muß in jedem einzelnen Falle der Leiter der betreffenden Fabrik mit den Arbeitern ein Uebereinkommen treffen. Die Fabriks-Inspektionen dürfen solche Abmachungen nicht hindern, wohl aber sind sie gehalten, sich davon zu überzeugen, daß die Arbeiter zu der Ueberstundenarbeit nicht gezwungen werden. Die Leiter der Fabriken sind daher verpflichtet, die Fabriksinspektion jedes Mal über die in dieser Richtung getroffenen Abmachungen zu verständigen. Die Arbeiter, welche die Verpflichtungen eingegangen sind, Ueberstundenarbeit zu leisten, können dieselbe zu jeder Zeit lösen, ohne sich des Vertragsbruches schuldig zu machen.

Versammlungen.

Die Zimmerer Berlins und der Vororte (Vertrauensmänner-Centralisation) hielten am Montag bei Cohn, Weuststraße, eine gut besuchte Versammlung ab, um über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die zukünftige Regelung derselben zu beraten. Der Vertrauensmann Z. H. Fischer verweist zunächst darauf, daß mit den Zimmerern centraler Richtung eine Verständigung stattgefunden hat und ein gemeinsames Vorgehen geplant ist. Er schildert hierauf die fortgesetzten Kämpfe, die sich im Zimmerergewerbe abgepielt haben und meint, daß der beständige Kleinriegel, der einerseits viel Opfer kostete, doch das erzielte Resultat nicht gerechtfertigt hat. Es seien wohl eine ganze Reihe von Errungenschaften zu verzeichnen, aber sie mühten immer, oft bei jedem Wechsel der Arbeitsstelle, von neuem erkämpft werden und es waren niemals eigentlich stabile Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorhanden. Bei jeder Gelegenheit, insbesondere bei schlechter Geschäftslage versuchten die Unternehmer, vielfach mit Erfolg, die Löhne zu reduzieren bezw. die Arbeitszeit zu verlängern. Angesichts dieser Zustände und infolge der veränderten Verhältnisse, daß auch nur die Unternehmer den Arbeiterorganisationen gegenüber, wie es scheint einen anderen Standpunkt einnehmen, sei es angebracht, mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf eine bestimmte Frist festzulegen und einigermassen stabile Verhältnisse im Baugewerbe zu schaffen. Allerdings würden die Kämpfe damit noch nicht gänzlich beseitigt, da die Unternehmer kaum dazu bereit sein werden, die Lage der Zimmerer, wie es notwendig ist, zu bessern, aber es sei schließlich ein ruhigeres Arbeiten für die Zukunft ermöglicht. In längerer Ausführungen erläuterten hierauf Müller und Lehmann die gemeinsam mit den centralorganisierten Kollegen aufgestellten Forderungen. Nach einer längeren Diskussion, in der sich fast alle Redner für die geplanten Verhandlungen mit den Unternehmern aussprachen und in der von mehreren Rednern die bei den Bauern zu stande gekommenen Einigungsbedingungen als teilweise ungünstig für die Arbeiter bezeichnet wurden, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die in Cohns Festhalten tagende öffentliche Versammlung der Zimmerer lokaler Richtung beschließt, dem Ersuchen der Vertrauensmitglieder stattzugeben und gemeinsam mit diesen die Unternehmer zu Unterhandlungen aufzufordern. Die zu wählende Kommission hat aber, bevor Abmachungen getroffen werden, Bericht zu erstatten.

Mit allen gegen 4 Stimmen wurde hierauf beschlossen, den Unternehmern folgende Forderungen zu unterbreiten:

Die täglich längste Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, und der Mindestlohn 65 Pf. — Die Arbeitszeit beginnt in den Sommermonaten März bis November, morgens 7 Uhr und endet abends um 6 Uhr. Diese Arbeitszeit wird durch folgende Pausen unterbrochen: 1/2 Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag, 1/2 Stunde Vesper. Diese Pausen gelten auch für den Winter mit Ausnahme der Vesperpause. — An jedem Sonnabend ist eine Stunde früher Feierabend, jedoch fällt die Vesperpause fort. — An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist 2 Stunden früher Feierabend und zwar: Ostern und Pfingsten um 4 Uhr, Weihnachten um 3 Uhr. — In der übrigen Zeit des Jahres beruht die Arbeitszeit auf freier Vereinbarung, darf jedoch 9 Stunden nicht übersteigen. Bei dieser Arbeitszeit ist an jedem Sonnabend eine halbe Stunde früher Feierabend. — Der Lohn muß jedesmal voll und gleich nach Feierabend auf der Arbeitsstelle ausgezahlt werden; oder es ist so viel früher Feierabend zu machen, als der Weg Zeit erfordert. Im Accord und des Sonntags darf nicht gearbeitet werden. Ueberstunden und Nacharbeit sind nur dann gestattet, wenn Leben und Gesundheit in Gefahr sind, oder sonst Betriebs- und Verkehrsstörungen entstehen würden. Für jede Ueberstunde sind 75 Pf. zu bezahlen. — Wenn Gesellen entlassen werden, so sind dieselben eine Stunde vorher davon in Kenntnis zu setzen, damit sie ihr Werkzeug in Ordnung bringen können. — Auf jeder Arbeitsstelle muß ein verschließbarer Raum vorhanden sein, in welchem die Arbeiter ihre Mahlzeiten einnehmen und ihr Werkzeug unterbringen können. Ferner muß derselbe den sanitären Bedürfnissen entsprechen. — Zimmerer, welche die Durchführung der vorgeschriebenen Unfallverhütungs-Vorkehrungen und den in sanitärer Beziehung notwendigen Schutz der Arbeiter fordern, dürfen seitens der Arbeitgeber aus diesen Gründen nicht entlassen werden. Dasselbe gilt auch für diejenigen Zimmerer, welche für die Stärkung ihrer Organisation und für die Sammlungen im Interesse derselben eintreten und agitieren; ferner für diejenigen, welche den 1. Mai feiern. — Um das Herumlaufen der Zimmerer von Bau zu Bau, von Platz zu Platz zu vermeiden, verpflichten sich die Arbeitnehmer gemeinschaftlich mit den Arbeitgebern einen Arbeitsnachweis zu gründen, in welchem beide Teile gleichmäßig vertreten sein müssen.

Da in der bisherigen, provisorischen Kommission bezüglich der Taktik Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, machte sich eine Neuwahl notwendig und wurden nach einer lebhaften Debatte Th. Fischer, Hinrichsen und Liebenow als Kommissionsmitglieder gewählt, die eben mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten haben. Der Beitrag zum Streikfonds wurde nach längerer Diskussion und nachdem ein Antrag, für die nächste Woche noch eine Mark zu steuern, abgelehnt worden war, von mehreren Rednern wurde die Herabsetzung des Beitrages auf 20 Pf. gewünscht — bis auf weiteres gegen eine große Minorität auf 50 Pf. pro Woche festgesetzt.

Die Radfahrer beschlossen in ihrer letzten Versammlung, den Vorschlag, 8 M. in den Fonds zu zahlen, aufzuheben und von nun an wieder 25 Pf. zu zahlen. Die Streikunterstützung wird wieder wie bisher mit 8 M. pro Tag ausgezahlt. Viele bedauern die Saumlässigkeit der Kollegen in der Ausführung der Sanktionskontrollen; es wird jeder Kollege aufgefordert, die Liste einzureichen.

Die augenblickliche Situation im Droschkenfuhrergewerbe und die von einigen Besitzern angeordnete Lohnvermehrung lautete der erste Punkt der Tagesordnung, welche die Hofvertrauensmänner der Droschkenfuhrer in ihrer letzten Versammlung beschäftigte. Alljährlich im Frühjahr und Sommer, wenn sich bei dem Droschkenfahren Publikum die Meiselust regt, gehen die Einnahmen der Droschkenfuhrer zurück. Natürlich hat dies auch eine Rückwirkung auf die Geldbeutel der Fuhrer. In den Jahren vor 1899, wo als Grundlohn bei den meisten Fuhrwerkbesitzern nur 1 M. und die bestimmten Prozente gezahlt wurden, war um die sogenannte „Saugeranzzeit“ die Missetimmung wegen des geringen Verdienstes bei den Fuhrern immer schon groß, wie viel mehr erst jetzt, wo dieselben infolge der glücklich durchgeführten Lohnbewegung der Kutscher 1,50 M. Grundlohn zahlen müssen. In Westpreußen hat man sich von vornherein mit dem Gedanken getragen, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit diese 50 Pfennige wieder abzugeben, oder, wenn irgend angängig, einen anderen Modus der Lohnberechnung, nur Prozente ohne Grundlohn, zur Einführung zu bringen. In Kreisen der Droschkenfuhrer scheint man nun den Zeitpunkt für gekommen zu erachten, einen Vorstoß nach der gedachten Richtung hin wagen zu können und die kaum erst eingetretene Ruhe im Droschkenfuhrergewerbe durch Herausbeschwörung eines neuen Lohnkampfes zu unterbrechen. Derartige Gelüste gegenüber sprach sich die gut besuchte Versammlung (110 Droschkenhöfe haben bereits Vertrauensmänner gewählt) einstimmig in einer Resolution dahin aus, unter allen Umständen an den Lohnsatz von 1,50 M. Grundlohn und 25 Proz. der Einnahme, und über 10 M. Einnahme 30 Proz., festzuhalten und die alte Taktik beizubehalten. — Im weiteren beschäftigte die Versammlung die Frage der Sonntagruhe und wurde diesbezüglich beschlossen, in nächster Zeit die Agitation für die Sonntagruhe im Droschkenfuhrergewerbe in geeigneter Weise einzuleiten.

Die Holz- und Bretterträger nahmen in ihrer Versammlung am Montag den Bericht der Lohnkommission entgegen. Danach sind die bereits mitgeteilten Forderungen etwa 150 Betriebsinhabern unterbreitet worden; davon haben bisher nur 52, teils zustimmend, teils ablehnend geantwortet. Karnal und Hünze tabellen die vielfache Lässigkeit eines großen Teiles der Kollegen. In vielen Betrieben sei ein Stundenlohn von 20—35 Pfennig noch üblich und bei Accordarbeiten werde die Arbeitszeit oft über die Gebühr weit ausgedehnt. Wie von einer Anzahl anderer Redner mitgeteilt wurde, haben sich leider schon viele Streikbrecher gefunden, welche sich erboten, noch unter den bisherigen Bedingungen zu arbeiten, z. B. für einen Stundenlohn von 30 und 35 Pfennig. Nichtsdestoweniger sind die Bretterträger überzeugt, daß die Forderungen von einer Anzahl Unternehmer als gerechtfertigt anerkannt, binnen kurzer Zeit bewilligt werden. Um den übrigen Gewerkschaften nicht zur Last zu fallen, wurde beschlossen, daß innerhalb der ersten 14 Tage die Ausständigen keine Unterstützung erhalten. Dagegen hat ein jeder Bretterträger, der bereits unter den neuen Bedingungen arbeitet, 2 Mark pro Woche für den Streikfonds zu entrichten. Zu diesem Zweck werden Streikkontrollkarten veranlagt und alle Ausständigen veranlagt werden, sich im Arbeitsnachweis-Bureau der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend, Restaurant von Rindowisch, Berlin S., Reichensbergerstraße 16, zu melden. Alle Holz- und Bretterträger sind verpflichtet, gemäß dem einstimmig gefaßten Beschluß der Versammlung überall da, wo die Forderungen bis zum 4. Juli nicht bewilligt werden, die Arbeit einzustellen und der Lohnkommission sofort Mitteilung zu machen. Die Wiederaufnahme der Arbeit unter den neuen Bedingungen kann ebenfalls nur mit Zustimmung der Lohnkommission erfolgen. Die Belanntmachungen derselben werden nur im „Vorwärts“ erfolgen. Alle weiteren Mitteilungen und etwaige Vorschläge über den weiteren Verlauf der Lohnbewegung, erfolgen in einer am Donnerstag, den 6. Juli, stattfindenden Versammlung im „Märkischen Hof“ in der Admiralstraße 18c. Mit der Wahlung des Vorsitzenden Karnal; treu im Kampfe auszuhalten und die Versammlungsbeschlüsse zu befolgen, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Rummelsburg. Eine sozialdemokratische Parteiversammlung für den Kreis Nieder-Barnim, die hier am 2. Juli tagte, hörte einen interessanten Vortrag des Vertreters des Kreises, Genossen Stad-

hagen, der über das Thema: „Bildung, Taktik, Taktik“ referierte. Redner erörterte die sozialen und politischen Bewegungen in den einzelnen Staaten des Festlandes und kennzeichnete an einigen drastischen Beispielen die Inaktivität im politischen und wirtschaftlichen Leben in unserem deutschen Vaterlande. Die heutigen Nachtarbeiter gelangen in ihrer Hilflosigkeit dahin, heute etwas für ganz selbstverständlich zu betrachten, und daselbe am nächsten Tage unter Ausnahmestrafen und Quälhausestrafen zu stellen. Ueberall wohin man sieht, kein Ziel, kein Plan, nur ein Hin- und Herhängen. Allerdings ein Taktik in diesem Bild: auf Seiten der Unternehmer das Streben, die arbeitshungrige Bevölkerung zu willenlosen Sklaven zu degradieren, auf Seiten der Arbeiter das berechtigete Streben, an den Errungenschaften der Kultur voll teilzunehmen. Dort besteht der Taktik, in dem Kampf gegen, hier in dem Kampf für die Kultur. Zur Beschleunigung des Sieges in diesem Kulturkampf ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, an ihrer bisherigen Taktik festzuhalten, Gefühlsduselei und Kompensationspolitik seitens unserer Genossen und alle Kompromisse mit anderen Parteien von sich fernzuhalten. Jede Reform, welche unter den heutigen Verhältnissen der Arbeiterschaft zu gute kommt, nehmen wir als Abschlagszahlung, unbedrückt unser Ziel im Auge haltend. So wollen wir weiter arbeiten und, ohne einen Fingerbreit von unserer bewährten Taktik abzugehen, vorwärts streben trotz alledem!

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit der Schaffung eines Organisationsstatuts für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim. Stadthagen, Günther und Gerstenberger begründeten die Einführung eines derartigen Statuts damit, daß es dann eher möglich ist, die große Masse der Genossen in den einzelnen Orten einheitlicher und dauernder an den Arbeiten und Beratungen der Partei zu beteiligen, als es heute in einer Kreisversammlung der Fall ist. Einwendungen gegen den vorgelegten Entwurf wurden nicht gemacht und derselbe mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Sieg des Volkes.

Die entristeten Kundgebungen des belgischen Volkes gegen die Verlesenen Wahlrechtungs-Pläne der Regierung haben den Sieg davon getragen. Die Regierung hat eingesehen, um es nicht zum äußersten kommen zu lassen, Sie verzichtet vorläufig auf die Beratung ihres Gesetzesentwurfs und ist einverstanden, daß eine aus allen Parteien zusammengesetzte Kommission Vorschläge zur Verbesserung des belgischen Wahlrechtes ausarbeite. Das bedeutet, wenig verküsst, die glatte Preisgabe der geplanten Wahlrechtsetzung. Ueber die Sitzung der Deputiertenkammer empfangen wir den folgenden telegraphischen Bericht:

Brüssel, 4. Juli. Beim Beginn der Sitzung erklärte Ministerpräsident Vanderveerde im Namen der Regierung: Am letzten Freitage habe er erklärt, daß die Regierung auf das lebhafteste zu einer Versöhnung und Veruhigung zu gelangen wünsche. Mehrere Abgeordnete hätten neue Wahlvorschläge angekündigt. Die Regierung wüßte ein, dieselben in Empfang zu nehmen und sie einer Kommission, in welcher alle Parteien vertreten sein würden, zur Prüfung zu unterbreiten. Er bitte diejenigen Mitglieder, welche Vorschläge zu machen hätten, dies bald zu thun. Die Regierung sei bereit, zu der gewünschten Verständigung zu gelangen.

Der unabhängige Deputierte Theodor bringt einen Antrag ein, welcher eine vollständige verhältnismäßige Vertretung im ganzen Lande fordert.

Der Sozialist Vanderveelde erklärt, daß die beiden linken Gruppen der Kammer sich dem Vorschlage der Regierung anschließen und fügt hinzu, die Vorschläge seien im wesentlichen gleichbedeutend mit der Zurückziehung der Regierungsvorlage. Seine Partei billige die Bildung dieser Kommission, denn „wir werden dort nicht die Gruppen der Linken, sondern das Land vertreten, welches soeben einen großen Sieg davongetragen hat.“ (Rufe links: Sehr gut!) Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Vanderveelde, er sei überzeugt, daß angesichts der Meinungsverschiedenheiten der Parteien die einzige Lösung darin bestehe, das Land zu befragen entweder durch die nächsten Wahlen nach der Auflösung der Kammer oder auf dem Wege des Referendums. Er bitte, alle Vorlagen, welche bereits eingebracht sind oder noch eingebracht werden sowie die Referendumsangelegenheit der Kommission zu überweisen. Im Namen der Parteien der Linken erkläre er, daß diese einzig bleiben würden, um sich der Rückkehr der Regierung zur Offensive zu widersetzen und neue Eigenmächtigkeiten zu verhindern. (Weisfall links.)

Woeffe bekämpft das Wahlsystem mit verhältnismäßiger Vertretung der Parteien und spricht sich für das Uninominal-System aus. Er fügt hinzu, daß die Rechte einig bleiben werde in der Verteidigung der konstitutionellen Freiheiten.

Die Parteien der Linken veröffentlichen ein Manifest, in welchem es heißt, daß die Parteien, nachdem sie von der heutigen Erklärung der Regierung, welche die durch die Erhebung des Landes hervorgerufene Zurückziehung der Regierungsvorlage bedeute, Kenntnis genommen, sich verpflichtet, einig zu bleiben, damit keine Wahlreform zugelassen werde, ehe das Land befragt sei. Das Manifest ist von allen liberalen und sozialistischen Abgeordneten unterzeichnet. — In politischen Kreisen glaubt man, daß die Wahlreform-Vorlage auf lange Zeit von der Bildfläche verschwinden werde.

Vor dem Parlamentsgebäude ist eine große Menschenmenge versammelt, welche singt: „O Van den peereboom!“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 4. Juli. (B. L. Z.) Wie der „Temps“ aus Rennes erfährt, hat Drenfus seiner Frau erzählt, im Herbst 1896 sei er, obgleich heftig fieberkrank, zwei Monate lang in Eisen gelegt worden, ohne daß sein Verhalten zu dieser Maßnahme irgend einen Anhalt gegeben habe. Außer seinen unaussprechlichen Unschuldsklatschereien in seinen Briefen habe man ihm nichts vorwerfen können. Die unerdiente Strafe habe ihn jedoch gerettet, weil dadurch seine Widerstandskraft gerettet worden sei; er habe damals geglaubt, man habe ihn allmählich umbringen wollen.

Paris, 4. Juli. (B. L. Z.) In der Deputiertenkammer legte der Ministerpräsident das Budget für 1900 vor. Deauvergne brachte den Beschluß der Regierung, die Frage des Arbeitsverhältnisses durch Dekret zu regeln, zur Sprache und bestritt, daß die Regierung das Recht habe, diese Angelegenheit durch Dekret zu regeln. Handelsminister Milnerand erwiderte, die Regierung habe keineswegs die Rechte der Kammer einträchtig wollen. Ein von dem Ministerpräsidenten beauftragter Antrag, die Anfrage Deauvergne in eine Interpellation umzuwandeln, wurde mit 338 gegen 186 Stimmen abgelehnt. Unter dem Vorfall der Linken und dem Widerspruch der Rechten verließ Waldeck-Roussseau sodann ein Dekret, durch welches die Session geschlossen wird.

Madrid, 4. Juli. (B. L. Z.) In ganz Spanien herrscht jetzt Ruhe. Die Regierung ist entschlossen, energisch zu handeln und, wenn es nötig sein sollte, die konstitutionellen Garantien außer Kraft zu setzen.

Kommunales.

Der Magistrat hat dem Polizeipräsidenten den Entwurf für eine eiserne Brücke über die Spree im Zuge der Straße „Siegmundshof“ beauftragt...

Lokales.

Auch die Volksversammlung, welche heute Abend in Stechert's Saal, Andreasstr. 21, stattfand, werden unsere Leser ganz besonders aufmerksam gemacht...

Die Gesundheitspflege in unbemittelten Familien sucht der Berliner Verein für häusliche Gesundheitspflege dadurch zu fördern, daß er Bedürftige und Kranke besucht...

Nach amtlicher Bestimmung war der Preis für Roggenbrot für 1 Kilogramm in Pfenning (im Durchschnitt von 34 Bäckereien) am 17. April cr. 24,18 Pf., der niedrigste Preis 19,89 Pf., der höchste Preis 28,57 Pf.

In der Affaire des Heizers Tutas hat sich ein wichtiger Zeuge, der Arbeiter Krüger, gemeldet, nach dessen Bekundungen sich der Vorfall wie folgt abgespielt haben soll: Der Heizer Tutas, der sich im angetrunkenen Zustande befand, rumpelte den ihm entgegenkommenden Offizier, der sich in Begleitung einer Dame befand, an...

Kirchliche Intoleranz. Wie uns mitgeteilt wird, kam es vor einigen Tagen bei einem Leichenbegängnis auf dem Johanneskirchhof zu einem recht unangenehmen Austritt zwischen dem Leichenbegängnis und dem Kirchhofs-Inspektor...

Die Direktion der Union-Elektrizitäts-Gesellschaft hat durch eine Anordnung, deren Gegenstand eigentlich von ziemlich untergeordneter Bedeutung ist, bei zahlreichen Arbeitern recht unangenehm herauf geholt...

Das Opfer eines Raubankalles wurde in der Nacht zum Montag der 21 Jahre alte Sohn des Schneidemeisters Stabule aus der Stallstraße 41/42. Er hatte auf seinem Fahrrad am Sonntag einen Ausflug nach Johannisthal unternommen...

Grünten, ist für die Arbeiterschaft heiser. Man mutet also den Arbeitern zu, sie sollen ihr Geld dort verzehren, wo man sie nicht sehen will, wenn sie einmal ihre eigene Lage beraten wollen...

Chefgeschickungen, Geburten und Todesfälle. In der Woche vom 11. bis 17. Juni fanden in Berlin 232 Chefgeschickungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 856 (440 männliche, 416 weibliche)...

Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Juni cr. 25 Familien mit 76 Personen, darunter 9 Säuglinge, und 82 Einzelpersonen. Am 1. Juli war der Bestand 30 Familien mit 147 Personen...

Unter strenger polizeilicher Kontrolle stehen bekanntermaßen die Berliner Droschkentreiber, und die Hilfe der Strafmandate, mit welchen diese bestraft werden, legt Zeugnis ab dafür, wie die Polizei ihres Kontrollamtes walten...

Berliner Schwimmverein für Obdachlose. Im Monat Juni nächstgigen im Männerclub 18066 Personen, wovon 8270 badeten; im Frauenclub 8280 Personen, wovon 1128 badeten.

Durch einen Absturz getötet wurde am Montagvormittag um 11 1/2 Uhr der Arbeiter Hermann Schreiber aus der Kienstr. 12. Auf dem vierten Hofe des Grundstücks Belle-Alliancestr. 82 sollte der Fußboden des zweiten Stockwerks mit Kalkputz versehen werden...

Bei dem drohenden Zusammenbruch eines Leitergerüsts ist am Montagmorgen um 9 Uhr der Arbeiter Singer durch einen Absturz zu Schaden gekommen. Das Obergebäude des Hauses Markgrafenstr. 89/90 wurde neu gestrichen...

Das Opfer eines Raubankalles wurde in der Nacht zum Montag der 21 Jahre alte Sohn des Schneidemeisters Stabule aus der Stallstraße 41/42. Er hatte auf seinem Fahrrad am Sonntag einen Ausflug nach Johannisthal unternommen...

Die Direktion der Union-Elektrizitäts-Gesellschaft hat durch eine Anordnung, deren Gegenstand eigentlich von ziemlich untergeordneter Bedeutung ist, bei zahlreichen Arbeitern recht unangenehm herauf geholt...

antreten. Er hat über den Vorfall Anzeige erstattet, kann aber keine Angreifer nicht beschreiben, da zur Zeit des Ueberfalles ziemlich starke Dunkelheit herrschte.

Zu erschließen versuchte sich der 27 Jahre alte Hausdiener Karl Rauh aus der Blumenhaldtr. 12, der in der Kleiststr. 15 bei dem Weinändler L. seit etwa Jahresfrist in Stellung war. Die Veranlassung war, daß seine Angebetete, eine 22jährige Maid, die bei derselben Herrschaft dient, einen Garbedragonier ihm vorgezogen hatte...

Die Leichen des Cigarrenhändlers Runge und der Näherin Miltowit aus Berlin, die, wie wir seinerzeit meldeten, vor etwa 14 Tagen im Seddin-See bei Schmüdowitz gemeinschaftlich Selbstmord aufgeführt, sind nicht weit von der mutmaßlichen Unfallstelle aufgefunden und gelandet worden...

Apollon-Theater. Den Gesangsdiplomaten muß man auf ihrem von der Polizeiensturz so reich mit Dornen bespauzten Pfade schon manchen Schritt vom Wege der Satire nachsehen. Noch weniger ist bei ihnen Epitaphien über den poetischen Gehalt ihrer Leistungen angebracht...

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Heute findet die Generalversammlung des Socialdemokratischen Vereins abends 8 1/2 Uhr bei Witte, Berlinstraße 40, statt.

Friedrichshagen. Den hiesigen Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 9. Juli, im Restaurant „Bismarckbad“ ein Sommerfest stattfindet, bestehend in Konzert, Theateraufführung, Gesangs- und Musikvorträgen...

Ueber Mietssteigerungen kommen jetzt fortgesetzt Klagen aus den Vororten. So wird uns aus Panow folgende geschrieben: Anfangs des Jahres 1897 mietete ich in einer fast leerstehenden, abgetragenen Mietskaserne in der Hehnstraße eine aus Stube und Küche bestehende, vier Treppen hoch gelegene Wohnung zum jährlichen Mietspreise von 120 M...

Selbstmordversuch eines 33 Jahre alten Soldaten. Der beim Leutnant Dreßler vom Spandauer Feuerwerkslaboratorium als Wache kommandierte Madletier Buchholz vom 163. Infanterieregiment wurde gestern in seiner Zimmertube mit geöffneten Pulsdauern aufgefunden. Ein herbeigerufener Assistenzarzt verband den Schwerverletzten und ordnete seine Ueberführung in das Garnisonlazarett an...

Als Mitglieder des Auktionsrats für den städtischen Arbeitsnachweis in Schöneberg wurden in der Stadtverordneten-Sitzung am Montag folgende Herren gewählt: Bauernfeld, Kaufmann, Kaufmann, Kaufmann, Kaufmann, Kaufmann, Kaufmann, Kaufmann, Kaufmann, Kaufmann...

Sociale Rechtspflege.

Der Kutscher F. war für das Verschwinden eines Wagenplattes von dem Unternehmer Knauer verantwortlich gemacht worden; er bestritt jedoch seine Schuld und klagte beim Gewerbegericht auf Herausgabe der 33 Mark...

Gerichts-Beitrag.

In einer Gewerbegerichts-Streitsache des Zimmermädchens H. gegen den Hotelwirt Leopold Wallner, Unter den Linden 17, hat das Landgericht unter teilweiser Abänderung eines Urteils der letzten Kammer des Gewerbegerichts eine Reihe wichtiger Rechtsgrundsätze aufgestellt...

werdlichen Hotelbetrieb zusammenhängende sind. Daher darf weder eine solche Gewerbegeheimnis ein Zeugnis nicht allein über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung, sondern auch über Führung und Leistungen fordern. Sie kann die Ausdehnung des Zeugnisses über Führung und Leistungen auch noch in der zweiten Instanz verlangen, da eine Klageanmeldung hierin gegenüber dem ersten zunächst nur auf Anstellung eines Zeugnisses über Art und Dauer der Beschäftigung lautenden Klageantrag nicht liegt. Die Ausstellung eines Scheins, worin die Klägerin über den Empfang einer bestimmten Summe bei ihrem Weggange aus dem Dienstverhältnis des Beklagten mit den Worten: „Zum Ausgleich sämtlicher Forderungen“ quittiert, stellt der Klägerin gegenüber später auf ihr geltend gemachten Forderungen, insbesondere den Anspruch auf Schadenersatz wegen entgangener Trümpfer, nicht entgegen, wenn sie sich bei Unterzeichnung des Scheins den Anspruch auf Trümpfer mündlich vorbehalten hat. Der Schein ist dann ohne rechtliche Wirkung, da die Erklärung bei Leistung der Unterfertigung anders gelautet hat, als wie es in dem Schein zum Ausdruck gekommen ist. Maßgebend aber kann nur die tatsächlich abgegebene Erklärung sein.

Die Hebamme Witwe R. hatte sich mit dem von seiner Frau betrogenen Mann R. zu einer Zeit intim eingelassen, als die Scheidungslage des R. vom Gericht noch nicht erledigt war. Sie beschwor dann aber vor Gericht, daß sein Verleher stattgefunden hätte und wurde deshalb zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Das veranlaßte die zuständige Polizeibehörde, gegen die Frau nach Verurteilung ihrer Strafe auf Entziehung des Prüfungsscheines zu klagen. Nachdem der Bezirksausschuß dementsprechend erkannt hatte, legte Frau R. Berufung ein. Sie erschien persönlich vor dem 8. Senat des Ober-Verwaltungsgerichtes und hat hier unter Tränen, daß man ihren Lebensinhalt doch vergehen möchte. Sie wüßte nicht, was aus ihr und ihren fünf Kindern werden sollte, wenn man ihr das Brot nähme. In anderen schweren Arbeiten sei sie schon wegen ihrer Gesundheit nicht fähig. Sie habe gefehlt, aber man möge doch Gnade vor Recht gehen lassen. Das Gericht verwarf indessen die Berufung und der Vorsitzende Kommissar führte aus: Das Gericht habe nicht Gnade zu üben, sondern Recht zu sprechen. Das Gesetz verlange von Hebammen Unbescholtenheit, wer aber wegen Meineides bestraft sei, könne nicht mehr als unbescholten gelten.

Das verräterische Hundschwänchen. Anhängen, gemessenen Schrittes näherte sich eine Frau, die ein festgewickelter Palet im Arme hielt, dem Ausgange des Schleifischen Bahnhofes, nachdem sie eben den aus Rixdorf eingelassenen Zug verlassen hatte. Hinter ihr ging ihr Ehemann, der Werksführer R. Dieser händigte dem Kontrolleur zwei Fahrkarten aus. Ein Lächeln huschte über die Lippe des Beamten, als er der die Treppe hinabsteigenden Frau nachsah und dann in ruhiger Stimme die Besondere, auch die dritte Fahrkarte auszuhandigen. „Was wollen Sie denn?“ fragte R. verwundert, „wir sind doch nur zwei, meine Frau und ich, und zwei Karten haben Sie doch!“ Der Beamte zeigte mit unerwarteter Ruhe auf die Rückseite der Frau R. Nummer erhob sich ein allgemeines Gelächter, denn aus dem länglichen wohlverschürten Palet, das die Frau unter dem Arme trug, wedelte demüthlich ein schwarzes Schwänchen heraus, welches an dem hochaufgerichteten Ende ein hübsches Haarbandel trug und seinen Zweifel an der Pudehnatur seines Besitzers ließ. Rummel mischte sich die Trägerin in das Gespräch mit dem Beamten, indem sie meinte, daß sich kein Schwänchen auf der Bahn doch frei mitgenommen werden könne. Der Beamte veranlaßte jedoch die Feststellung der Eheleute, gegen welche Anzeige wegen gemeinschaftlichen Betruges erhoben wurde. Im gefälligen Termine versuchte R. auszuführen, daß er eine Fahrkarte für den Hund gelöst habe, der Beamte in Rixdorf habe aber in der Eile wahrscheinlich vergessen, diese zu durchlöchern und er, der Angestellte, habe vergessen, die Karte am Schleifischen Bahnhof vorzuzeigen. Der Beamte erklärte jedoch, daß fast alle derartige Personen für Entdeckungsfälle eine Reserveliste in der Tasche halten. Die Fälle seien ungemein häufig, selbst feingekleidete Damen schmuggelten die Schwänchen durch. Er habe deshalb auf vorsichtig getragene Pompadours ein besonderes Augenmerk, das schon wiederholt zum Erfolg geführt habe. Der Gerichtshof hatte an der Schuld der Angeklagten keinen Zweifel, ließ aber den Fall milde an, da in weiten Kreisen des Publikums die Ansicht verbreitet sei, es sei nicht so schlimm, den Fiskus zu betrügen. Es wurde deshalb der Ehemann zu 20, die Ehefrau zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Von der Einziehung des Hundchens wurde Abstand genommen.

Wegen Verleumdung der Offiziere in Verburg sind am 27. März vom Landgericht Dessau der frühere Redacteur des „Anhalter Tageblattes“, Walter Dreher, und der Redacteur des „Vollblattes“, unser Parteigenosse Schmücker, verurteilt worden, der erstere zu 200 M. Geldstrafe, der letztere zu einem Monat Gefängnis. Beide hatten einen Artikel veröffentlicht, der sich auf ein vielbesprochenes Rencontre des Oberleutnants v. Doppelhorn mit einem Ehepaar Junge bezog. Der genannte Offizier war von Verburg nach Dessau verlegt und später beschuldigt wieder in Verburg. Hier hoffte er spät abends an die Fenster eines Hauses, welches früher gewissen Zwecken gedient hatte. Als die Ehefrau Junge das Haus öffnete, um die Wünsche des Offiziers entgegenzunehmen, stellte es sich heraus, daß auf seinen den letzten ein Mißverständnis vorlag. Es kam schließlich der Ehemann Junge hinzu und die Erörterungen gelangten dann zu einem etwas dramatischen Abschluß. An diese Thatsachen wurde nun in den inkriminierten Artikeln die Verleumdung angelastet, die Begleiter des Oberleutnants seien, als die Ereignisse vor dem bewußten Hause ungemächlich wurden, verschwunden. In dieser Bemerkung wurde eine Verleumdung sämtlicher Verburger Offiziere erblickt. Das Gericht hat angenommen, daß die Angeklagten erwarteten, die Leser würden unter den „Begleitern“ nur Offiziere verstehen, und daß der Artikel in Wirklichkeit darauf ausgeht gewesen sei, diese Annahme herbeizuführen. Wenn aber gesagt werde, Offiziere

seien verschwunden, als einer ihrer Kollegen in eine prekäre Lage kam und der Hilfe bedürfte, so liegt darin der Vorwurf der Heißeckerei. Den Straftrag für die Verburger Offiziere hat der Kommandeur gestellt. — Gegen das Urteil hatte nur Dreher Revision eingelegt. Er suchte nachzuweisen, daß aus dem Urtheile nicht klar hervorgehe, welches Strafgesetz angewendet worden ist, und beschwerte sich darüber, daß ihm nicht der Satz des § 193 zu teil geworden ist. — Das Reichsgericht erkannte heute auf Verwerfung der Revision, da das Urteil vollständig klar sei und der Angeklagte den Satz des § 193 in der Hauptverhandlung nicht geltend gemacht habe.

Verpflichtung zum Besuch einer Seminar-Übungsschule. An der Seminar-Übungsschule in Pöhlitz unterrichteten ältere Seminaristen, die unter der Aufsicht eines Lehrers stehen. Zwischen der Direktion des Seminars und der Stadt besteht ein Abkommen, wonach eine Anzahl der Volksschüler der Seminar-Übungsschule zu überweisen sind. Ein Pöhlitzer Bürger, Namens Christian, protestierte gegen die Ueberweisung seiner Tochter dadurch, daß er sie eine Zeit lang überhaupt nicht zur Schule schickte. Er hielt das genannte Institut für minderwertig und glaubte sich nicht verpflichtet, sein Kind dort von den jungen Männern, die sich erst auf den Lehrerberuf vorbereiten, unterrichten zu lassen. Christian wurde dann wegen seines Verhaltens in letzterem Instanz zu einer Geldstrafe von 4 M. verurteilt. Man machte ihm zum Vorwurf, daß er den § 46 II 12 Allgem. Landrechts und den Landtagsabschied vom 23. Mai 1835 übertragen habe. In der Begründung seiner gegen das landgerichtliche Urteil eingelegten Revision betonte der Angeklagte noch, daß ein Lehrer nicht genüge, die Seminaristen, die den Lehrstuhl bestiegen, hinreichend zu beaufsichtigen. Das Kammergericht hob die Verurteilung auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurück, indem es ausführte: Es sei nicht rechtswirksam, wenn der Vorderrichter annehme, daß die Seminar-Übungsschule einer Volksschule gleichwertig sei. Unerheblich sei, daß sie zur Uebung und Fortbildung der Seminaristen diene. Die Seminaristen seien auch als fähig zur Unterrichtsverteilung anzusehen, wenn sie dazu von der Aufsichtsbehörde zugelassen würden. Wenn dem Angeklagten die Beaufsichtigung der Seminaristen durch einen Lehrer nicht genügend erschien, dann hätte er sich im Aufstufwege beschweren können. Auf jeden Fall hätte er seine Tochter in die fragliche Schule schicken müssen, vorausgesetzt, daß er ihr nicht Privatunterricht erteilen ließ. Mit der Straffestsetzung müsse sich jedoch das Landgericht nochmals beschäftigen, denn eine Verurteilung auf Grund des Landtagsabschlusses von 1835 sei nur unter gewissen Voraussetzungen möglich, z. B. mit nach vergeblichen Ermahnungen und Verwarnungen.

Vermishtes.
Die Kasse als Mörderin eines Zwillingespaars. Der Familie J. in Rixdorf wurde vor einigen Wochen ein Zwillingespaarchen gestohlen. Da nun die Leute als Liebhaber von Kassen sich eine solche im Hause hielten, so ordnete die Hebamme an, daß das Tier sofort aus dem Schlafsaal entfernt werden sollte. Dies ist jedoch leider nicht geschehen. Als dieser Tage die Mutter durch eigentümliche Töne aus dem Schlafe geweckt wurde und sofort nach ihren Kleinen sah, bot sich ihr ein entsetzlicher Anblick dar. In dem Kinderkorbe saß die Kasse und hatte das eine Kind bereits erdrückt, während sie dem andern das linke Händchen und die Nase vollständig abgenagt und auch noch ein Stück aus dem Vermeiden herausgehissen hatte. Das bedauerndste Geschöpf starb bald darauf an diesen Verletzungen. Dieser Fall mahnt von neuem zur Vorsicht für Eltern und diejenigen, denen Kinder anvertraut sind.

„Die Redactoren“. Ueber das „Prison Forum“, das neugegründete Organ der ... Sträflinge von New-York, wird unterm 19. Juni geschrieben: Western wurde die erste Nummer des Magazins für die „geschlossene Gesellschaft“ „The Prison Forum“ ausgegeben. Die Zeitschrift erscheint monatlich und wird von den Insassen der Strafhaft der Stadt New-York geschrieben, illustriert und gedruckt, ist also ein ganz „intra muros“ hergestelltes Organ. Die Auflage ist 5000, die fast ganz in den Gefängnissen verteilt wurde; nur wenige Exemplare fanden ihren Weg nach außen. Der Herausgeber ist ein junger Mann, welcher in einem Heim für weggelaufene Kinder erzogen wurde und jetzt im Gefängnis auf Blackwells Island wegen Großdiebstahls sitzt. Der Verleger gab früher in New-York eine Musikzeitschrift heraus; gedruckt wird die Zeitung, die 16 dreigespaltene Seiten hat, im Kings County Penitentiary. Die uns vorliegende erste Nummer dieser neuen und gewiß merkwürdigen Zeitschrift hat ein sehr gefälliges Aussehen. Man würde es ihr nicht ansehen, daß sie in einem Gefängnis hergestellt ist, denn sie ist typographisch und illustrativ geradezu musterhaft. Die Illustrationen sind sehr sauber in Federzeichnung ausgeführt. Von der ersten Nummer sind drei Seiten dem Reubau der Tombs (New Yorker Gefängnis), den projektirten Gefängnissen auf Harts Island und anderen Gefängnisnachrichten gewidmet, ferner finden sich Artikel über die Wagenbündengezei, ein Sprechsaal unter der Ueberchrift „Wenn ich Bürger wäre“, in welchem die Gefangenen angeben, was sie thun wollen, wenn sie wieder frei sind — da will einer die Photographie erlernen, ein anderer Jockey werden, wieder einer geht nach dem Mondziele, ein vierter nach den Philippinen usw. —, eine Reimsammlung, eine Scherzseite, eine Seite mit Illustrationen usw. Die Zeitschrift bietet also alles, was ein ausländischer Sträfling nur verlangen kann. Einem „Aushelfer“ gewährt das „Prison Forum“ ganz interessante Einblicke in das Leben der Gefangenen, und die meist aus ihrem Leben im Gefängnis gerissenen Anekdote beweisen, daß es keineswegs an heiteren Vorkommnissen fehlt. Uebrigens ist die Zeitung nicht bloß äußerlich geschmackvoll, sondern auch der Inhalt gut redigiert, der Redacteur und seine Mitwirkenden — Parson, Mitarbeiter zeigen sich als ganz tüchtige Journalisten. Einwendungen gegen den Warden jedes Gefängnisses am besten Redacteur. Anfragen an den Briefkastenmonat, wie man am besten aus dem Gefängnis entlassen könne, werden grundsätzlich nicht beantwortet.

Besonders ermahnt der Redacteur noch die Einsender: „Legt Euren Entsendungen eine gute Moral unter — wenn Ihr könnt.“ Die „Festure“ des Wirtes werden kurze Kriminalgeschichten, „getreu dem Leben nachgezeichnet“, sein. Die Zeitschrift hat vor anderen Zeitungen sicherlich einen großen Vorzug: Ihre Leser können ihr nicht so leicht davonlaufen.

Marktpreise von Berlin am 3. Juli 1899
nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.

*Weizen	D. St.	15,30	15	Schweinefleisch	1 kg	1,00	1
*Roggen		14,20	14	Lammfleisch		1,00	1
*Hafer		13,40	12,80	Hammfleisch		1,00	1
Butter	gute	15,00	15,10	Butter		2,40	1,80
„	mittel	15	14,50	Fer	60 Stück	3,60	2,20
„	gering	14,40	14	Karaffen		2	1,20
Rüchstroh		3,82	3,82	Kale		2,80	1,20
Heu		6,20	4	Rinder		2,60	1,20
*Grünheu		40	25	Heute		2,40	1,20
*Speisebohnen		50	25	Barische		1,60	0,80
*Wicken		70	30	Schleie		2,50	1,20
Kartoffeln, neue		6	4,60	Heide		1,20	0,80
Blauweizen, Reute 1 kg		1,00	1,20	Rebse	per Schock	14	3
do. Vauß		1,20	1				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Rotationspreise — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.
*) Kleinhandelspreise.

Berliner Gemüse- und Früchte-Bericht vom 24. Juni bis 1. Juli. Gemüse: z. B. Spinat 10-12 M., Aubergin, capulifera 4,50-5 M., Knoblauch, ungarische 30 M., Porree 75-85 Pf., Petersilie 6-12 M., Kohlrabi 50-80 Pf., Wirsing 4-6 M., Laubsalat 20 Pf., Rettig 75 Pf. bis 1,00 M. per Schock. Fleische: Bagerische 5-8 M. per 100 Stk., Mohrrüben, junge 2 M., Rindfleisch 75 Pf. bis 1 M., Petersilienwurzel 4-5 M. per Schock, Karotten 3-4 M. per 100 Bunde. Gurken, Melonen 3-4 M. pro Mandel. — Früchte: Deutsches: Äpfel 25-40 Pf., Birnen, saure 50-60 Pf., Garten-Äpfel 40-60 Pf., Wald-Erdbeeren 1 M., Stachelbeeren 20-25 Pf., Johannisbeeren 30-40 Pf., Heidelbeeren 20-25 M., Tomaten 20-35 Pf., Bienen 40 Pf., blaue Pfäunen 1 M., gelbe Pfäunen 40-60 Pf., Äpfel 40-50 Pf., Äpfel 40-60 Pf. per 1/2 Kilogramm. Pfirsiche 10-15 Pf. per Stk., Pfirsiche in Äpfeln pro 10-12 Stk. 1,75-2 M., Apfelsinen 10-15 Pf. pro Stk., Citronen 5-10 Pf. per Stk.

Produkte am 4. Juli. Aus Frankreich kamen Nachrichten, wonach größere Reichthümer des Getreides in Süden Italien und im Norden und in den centralen Departements das Ansteigen des Weizenpreises beeinträchtigt. Weitere Berichte aus Oesterreich-Ungarn waren die Veranlassung, daß die Weizenpreise auf gebirgen Stand zurückgingen, Roggen lag dagegen um 1 M. an. Hafer angeboten und schwächer. Weizen unverändert. Rüböl befristet.

Der Spiritusmarkt verkehrte ruhig. Das Angebot in Sacoware betrug 30 000 Liter, welcher mit 41,50 M. gehandelt wurde. Verkaufslust beeinflusste den Terminmarkt und lauten schließlich die Notierungen um 10 Pf. niedriger.
Kartoffelmarkt. Berlin, 4. Juli. Gesuchte Kartoffelstärke per 100 kg. Bunte inf. Sack — M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 kg. Bunte inf. Sack und Wehl 19,70 M. Supra trockene Kartoffelstärke 20,50 M., do. Selbsta 15,00 — 17,50 M. Prima Kartoffelstärke per 100 kg. 19,70 M., do. Supra 20,50 M., do. Selbsta 15,00 — 17,50 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.
Chf. Zur Aufnahme angeeignet.
H. R. 18. Wir haben in Berlin eine Reihe von Gewerkschaften, in denen Unterricht für Schloffer und Maschinenbauer gegeben wird, darunter einen mit Tagesunterricht; derselbe befindet sich Palaststr. 15 (die anderen siehe Adressbuch). Man findet hier Gelegenheit, sich als Werkführer, Techniker oder Meister auszubilden. Weitere Kenntnisse befinden sich im Adressbuch und Hildburghausen. Bezüglich des Schulgeldes dürfte es am besten sein, Prospekte zu verlangen.
Wagener, Verwechslungsstrafe. Uns unbekannt.
S. W. Bist du im Moment nicht bestellen.
H. R. 1 und 2: Hier unbekannt.
Kräger 002. Sie sind zum Schadenersatz nicht verpflichtet. — Sch. und R. 2181. Uns sind die amerikanischen Militär-Pensionsgesetze im einzelnen nicht bekannt. Werden Sie sich mit Ihrer Anfrage unter Darstellung des Sachverhalts an den amerikanischen Gesandten — H. V. Ja. — August G. Beide werden beider. — R. W. 7a. Fast sämtliche clovis-rechtlichen Gesetze werden durch das Bürgerliche Gesetzbuch geändert. Eine eingehende Darstellung hierüber erscheint im Oktober. — C. G. Die Invalidentät erhalten Sie auf Ihre Befragung, daß die Polizei dieselbe dem Arbeitgeber abnehme und Ihnen übergebe. Wenn die Polizei ab, dieser Ihre Berufshilfe nachzukommen, so können Sie Befürworter einlegen. Auf Zahlung des Gehalts und Veranlassung des Krankenkassenbuches müssen Sie beim Gericht klagen. — S. Vertram. Im allgemeinen ja. Gegenwärtig ist aber unzulässig.
C. R. Die Kirchensteuer beträgt in Berlin für die Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde 10 Prozent der Staatssteuer, für die der katholischen Kirchengemeinden in St. Marien, St. Hedwig, St. Petrus, St. Nikolai und St. Sebastian 15 Prozent, in St. Pauli und St. Michael 10 Prozent. Jedoch sind die Mitglieder der katholischen Kirchengemeinden, welche weniger als 27 M. Einkommenssteuer zahlen, von der Kirchensteuer befreit.
C. G. 100. 1. Wärtenerberg hat ein allgemeines, breites und gelbes, aber kein gleiches Wahlrecht. Eine Ueberlieferung über die für Landtage der deutschen Einzelstaaten bestehenden Wahlverfahren finden Sie in der Zeitschrift des „Vorwärts“ vom 22. Juni 1897. 2. Ueberwachung findet statt.

Witterungsübersicht vom 4. Juli 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Wetter	Temp. n. G.	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Wetter	Temp. n. G.
Wilmersdorf	756,5	SW	2 wolkig	18	18	Charlottenburg	756,5	SW	2 wolkig	18	18
Spandau	756,5	SW	2 wolkig	18	18	Stettin	756,5	SW	2 wolkig	18	18
Berlin	756,5	SW	2 wolkig	18	18	Magdeburg	756,5	SW	2 wolkig	18	18
Stettin	756,5	SW	2 wolkig	18	18	Frankfurt	756,5	SW	2 wolkig	18	18
Magdeburg	756,5	SW	2 wolkig	18	18	Wien	756,5	SW	2 wolkig	18	18
Frankfurt	756,5	SW	2 wolkig	18	18						
Wien	756,5	SW	2 wolkig	18	18						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 5. Juli 1899.
Teilweise heiter, teils wolkig mit etwas Regen, mäßigen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.
Berliner Wetterbureau.

Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, den 7. Juli 1899, abends 8 Uhr:
6 Mitglieder-Versammlungen der Zahlstelle Berlin II des Central-Verbandes deutscher Maurer
in folgenden Lokalen:
Für den Süden: bei Sitzstock, Blücherstr. 67 und Giesensstraße 31.
Für den Westen: im Königshof, Wilsdorfstr. 37.
Für den Osten: im Lokal zum Froschschütz, Froschschützstr. 36.
Für den Südosten: bei Bräuer, Waldemarstr. 75.
Für den Norden: in den Bornussal-Sälen, Ritterstraße 67.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Welche Vorteile werden uns durch getroffene Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmerverbänden und Arbeiterorganisationen geboten? 2. Gewerkschaftliche.
Der Vorstand. J. R. Karl Panser.

Socialdemokratischer Verein für Wilmersdorf und Umgegend.

Mittwoch, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Volksgarten:
General-Versammlung.
Tagesordnung: Vierteljahres-Bericht, Bericht des Vorstandes. Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. Der Vorstand.
Holz- u. Bretterträger
Berlins und Umgegend.
Am Donnerstag, den 6. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Röhling, Admiralstraße 18c:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Stand unserer Lohnbewegung. 2. Bericht des Vorstandes.
Es ist Pflicht, daß jeder Kollege erscheint.
84/10
Die Lohnkommission.

Typographia.

Heute Mittwoch
Übungsstunde.
Maler!
Central-Arbeiten u. Sterbefälle der Maler u. verw. Berufsgeg.
Zentrale Berlin I (Nord).
Am Freitag, den 7. Juli 1899, abends 9 Uhr, im Kassenlokal:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Kassenbericht.
2. Wahl des Vorstandes-Komitees.
3. Kassanangelegenheiten. (11008)
Die Verwaltung.

Hans Kayser

Werkführer Bahnhof, Platz 6.
Einzige Bezugsquelle für
Preuss. u. Steinkohlen.

Dr. med. Schaper

Hörsaal, Arzt, Spezialarzt für
Haut- u. Harnleiden
Frauen-Krankheiten.
Soblenberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend,
Ab. 7-9; Friedrichstrasse 114; 1.

La Fahrräder

von 85 M. an
Baer Sohn
Chausseestr. 24a.

Produktiv- und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer.

Sonnabend, den 8. Juli, im Elysäum, Vandenberger Allee 40-42
(Weg Petersburgerstraße, 3 Min. von der Ringbahnstation Vandenberger Allee):
Erstes Stiftungsfest.
Konzert, Spezialitäten, Kunstfahrten, Tanz. (Garten 30 Pf.) Sämtliche
Radler und solche, die es werden wollen, sind freundlichst eingeladen (Radfahr-
zeug). Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Saale statt. Kasse-
schließung um 3 Uhr an. Anfang des Konzerts 4 Uhr, des Vortrags 4 Uhr.
Eintritt 25 Pf. — Sonntag, den 16. Juli: Tour nach Potsdam.
Start: 7 Uhr am Brandenburger Thor. 1148b

Anzüge nach Maß für Herren-Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Hosen, Westmäntel u. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft
bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 5. Juli.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fiedermänn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Der Schilffischer. Sonntag. Vorher: Zum Schilffischer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Wahrgänger. Hierauf: Abschiedsouper. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Zehner. Der Schilffischer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Hamburger Weiden. Hierauf: Baders Ebenbild. Anfang 7 Uhr.
Velle-Affiance. Eine frange Familie. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Theodora von Alexandrien. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Mana. Anfang 8 Uhr.
Cicend. Kluge, die zweite Frau. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Duna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturhistorische Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operntheater.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
„Morwitz-Oper“.
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Der Wildschütz.
Sam. Oper in 3 Akten v. K. Voriging. Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr: Schilffischer, „Heinrich Bötel“: Der Troubadour.
Gr. Oper in 4 Akten von G. Verdi. Freitag, abends 7 1/2 Uhr: A Basso Porto.
Hierauf:
Die Nürnberger Puppe.
Central-Theater
Direktion: José Ferespey. Anfang 8 Uhr.
Gesamt-Gesellschaft des Hamburger Ernst Drucker-Theaters
Hamburger Weiden.
Bakaler Schwan in 5 Bildern von Julius Stinde. Hierauf:
Baders Ebenbild.
Plantärische Comedi in 1 Act von W. Heide.
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.
Sonabend zum ersten Male:
Lumpenpack. Hamburger Volkstheater.
Metropol-Theater.
Behrenstr. 53/54.
Direktion: Richard Schults. Phänomenales Jull-Programm.
Neue Debuts!
8 Champions. Das graciöse engl. Gesangs- und Tanzensemble
Charles Baron.
Der urkomische Dresseur im Löwenkäfig, Slegwart Genthes als Yvette Gullbert, unvergleichliche Kopie.
Um 9 Uhr
der grösste Saison-Erfolg
Berlin lacht!
Berliner Revue.
Das grosse Presse-Ballett. Des grossen Erfolges wegen prolongiert. Die 6 Bonhairn. Sommergarten. Rachen gestattet Anfang: Sonn- und wochentags 8 Uhr.
Neud-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstrasse 132. Cyclus vollständiger Vorstellungen. Kleine Preise. Parquet 1,10. Letzte Aufführung!
Fiane, die zweite Frau.
Schauspiel in 5 Akten v. G. Verdi. Anfang 8 Uhr. Vorzugssitzes haben Vortritt. Donnerstag:
Die Bauerin am Stein.
Volk-Drama in 4 Akten von Hoff. Seit im Garten: Kinder-Freudenfest. Hänsel und Gretel. Bonbonsagen. Neues Jull-Programm. 27 Nummern. Nur Preise 1. Rang. Gr. Schläger. Renner-Stangs mit seiner Glanznummer als Stadtrumpeter mit seiner Niets. Lebende Photographien. Theater in miniature etc. Anfang 8 Uhr.
Salkontanten haben Vortritt. Mittwoch: **Kinderfest.**

R. Ballschmieders
„Kastanienwäldchen“
Sonntagsgarten u. Brandhäute
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Clara-Dreiß-Konzert.
Sonntags: Großer Ball im neuerbauten Saal.
Empfehle meine Sätze zu allen Gelegenheiten.
R. Ballschmieder.

Prater-Theater
Kassanien-Allee 7/9.
Täglich: Dorns Rest. Vortritt mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz. Musik von R. Reppien. Kostüm-Parade. Frau Luchs Sadow. Gehr. Milano. Drei Duet. Taums-Quartett. Gesang und Tanz. Abous u. Campton. Red-turmer. Br. Picardy. Dand u. Kopf. Gualt. Ballettgesellschaft Doring. Mr. Barling. Lebende Photographien.
Konzert und Ball.
Eintritt wochentags und Sonntag 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Victoria-Brauerei
Zitowstrasse 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Führmann, Horst, Walde).
Am Sonntag 7. wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorher: 40 Pf. Familienbillets 3 = 1 Mk.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Puhlmanns
Vaudeville-Theater
Inhaber: F. Lehmann. Schönl. Allee 148, Rahm. Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Son 6 1/2 Uhr ab: Spezialitäten.
Neu!
Die Riesenbrüder.
Harold und Leona in ihrer Curie! Spens: Die Riesenbraut.

CASTANS PANOPTICUM
Die sensationellen lebenden Photographien!
mit Figuren in Lebensgrösse.
Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowsischen Kostümen.
„Dreifuss“ mit 3 Beinen gebor. leb. Kosakenford.

Apollo-Theater.
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem Luftballett „Grigolatts“.
Farnor:
Otto Reutter
und 6 neue Debuts.
Auf des Garten-Konzerts 7 Uhr der Vorstellung 8 Uhr. Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstfordank“, Unter den Linden 69.

Reichshallen.
Garten resp. Saal täglich:
Stettiner Sänger
(Weisel, Pietro, Britton, Greid, Krone, Kirchmayer, Schreiber und Schrader).
Zum Schluß:
Burschenherrlichkeit.
Ein Einheitsbild von Weisel. Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.). Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.
Reichshallen-Restaurant täglich: Großes Instrumental-Konzert bei freiem Entree.

Victoria-Brauerei
Zitowstrasse 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Führmann, Horst, Walde).
Am Sonntag 7. wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorher: 40 Pf. Familienbillets 3 = 1 Mk.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Puhlmanns
Vaudeville-Theater
Inhaber: F. Lehmann. Schönl. Allee 148, Rahm. Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Prater-Theater
Kassanien-Allee 7/9.
Täglich: Dorns Rest. Vortritt mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz. Musik von R. Reppien. Kostüm-Parade. Frau Luchs Sadow. Gehr. Milano. Drei Duet. Taums-Quartett. Gesang und Tanz. Abous u. Campton. Red-turmer. Br. Picardy. Dand u. Kopf. Gualt. Ballettgesellschaft Doring. Mr. Barling. Lebende Photographien.
Konzert und Ball.
Eintritt wochentags und Sonntag 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW, Beuthstrasse 2.
Soeben erschien:
Die Zuchthaus-Vorlage vor dem Reichstage.
Stenographischer Bericht der Reichstagsverhandlungen.
102 S. gr. 8°. Preis 25 Pfg. Porto 10 Pfg.
Trotz der Niederlage der Regierung ist die Gefahr der Zuchthausvorlage nicht beseitigt; mit allen Mitteln suchen die Schürmacher die öffentliche Meinung über den Charakter der Vorlage hinwegzuführen, obgleich aus dem Wortlaut, den Motiven, der famosen Deutlichkeit und ganz besonders aus den Reden der Minister für und gegenwärtig hervorgeht, daß die Folgen dieses Gesetzes die Aufhebung der Haftbefreiung, das Verbot und die Unterdrückung leben Streiks, jedes Lohnkampfes wäre. Das müßte sogar die Vertreter der bürgerlichen Parteien zugeben. Deshalb wird die Verbreitung dieser Verhandlungen für unsere Agitation reiche Früchte tragen.
Gewerkschaften, Vereine, Vertrauensleute erhalten für Agitationszwecke die Broschüre zum Selbstkostenpreis.

W. Noacks Theater,
Frymannstrasse 16.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das goldene Kalb.
Charakterbild in 1 Akt.
Neu! **Neu!**
Wein Husar.
Liebespiel in 1 Akt von Steiner. Musik von Humada.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Gesellschaftshaus
Zwincmunderstr. 42.
Täglich im Garten:
Theater-Vorstellung.
Saal für 800 Personen auch Sonntag frei. 18273°

Sommer-Theater
„Alter Dessauer“
Metzkerstr. 32.
Inhaber: A. Ladewig.
Schattiger Garten Berlins.
Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Schweizer-Garten
Am Königsbor (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.
Jeden Abend von 10-11 Uhr:
Odalisken im Bade.
Bühnenstück mit Gesang in 2 Bildern.
Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: **Ball.**
In Vorbereitung: **Der Matador von Klantschou.**
Im August sind noch zwei Sonnabende an Vereine zu vergeben.

Treptow Park-Restaurant
Inh. Carl Ludwig (früher Jakob).
Jeden Donnerstag: **Grosses Kinderfest und Ball.**

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Wridth.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Nur exzellente Kräfte.
Georg Fischer (Eberfänger), Karl Garach (Lutz-Parabisi), Erna Barnola (Koslin-Soubrette), Vendaro-Trio (Phänomenal), Frères Rosini (Equilibristen), Mr. Leotardi (Kantipede).
Neues gediegnes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Nummerierter Platz 40 Pf. Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. In den Festhällen: **Großer Ball.** Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Max Kliem.

Schnegelsbergs Festäle
Hasenheide No. 21 - Jahnstrasse No. 8.
Inh.: Max Schindler. Telefon: Amt IV 1132.
Empfehle den geehrten Genserschichten, Vereinen, Fabrikten etc. meine Sätze, 300 u. 1200 Personen fassend (mit Bühne), zu Veranlassungen und Festlichkeiten jeder Art. **Sonnabend, 30. September, noch frei.** Mittwoch und Sonntag: **Grosser Ball.** Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Die beste Medicin. M. & W. Müllers Nordlicht-Magenwein
Ist feiner als Benedictiner; befördert die Verdauung; macht aus jedem Griesgram einen fröhlichen Menschen; kostet pro Original-Nordlicht 1 Mk. 25 Pf.; ist in allen Destillations-, Destillateh- und kolonial-Geschäften zu haben.
M. & W. Müller, Kornbrauereibrennerei, Berlin, Waldemarstrasse 29.
Prämiiert mit Ehrenzeugnissen und mit goldenen Medaillen.

Central-Arbeiten- u. Sterbekasse der Tischler
u. anderer gewerblicher Arbeiter. Oertliche Verwaltung Berlin B. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Mitwirkung der **Ernst Salzmann** am 2. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juli, nachm. 5 1/2 Uhr, vom Trauerhause Admiralsstr. 18 d aus nach dem Neuen Jakobikirchhof statt. Um rege Beteiligung ersucht 181/7 Die Ordervorwaltung.

Organisation der Steinarbeiter.
Am 2. Juli verstarb unter Kollegen **Robert Zeiger** im Alter von 41 Jahren an der Lungenentzündung. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 6. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Reichenhale des Hellands-Friedhofes, Plogensee, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vertrauensmann.**

Kentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **August Jeschke** am Sonntag, den 2. Juli nach langen Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 5. Juli, nachm. 5 1/2 Uhr, auf dem Porcholo-mäns-Kirchhof, in Weihenstr. 11. Die Ordervorwaltung.

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten, welche meinem Vater die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Centralverband der Tischler und dem Gesangsverein meinen herzlichsten Dank. **Frau Pohlmeier** nebst Kindern

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.
Den Mitgliedern und Vorstandsmitgliedern zur Nachricht, dass die Vorstands-Sitzung des Johannis-Festes wegen am Freitag, den 7. Juli, stattfindet. **Sonnabendnachmittag von 2 Uhr ab, bleibt das Vereinsbureau geschlossen.** 95/15 **Albert Hassial**, Vorsitzender.

Ferien.
Alles was zur Reise fehlt:
Wäsche, Blusen, Anzüge, Kleiderchen, Schürzen, Strümpfe, Trikotagen, Bade-Artikel, Sporthemden, Gürtel, Mützen, Schirme, Tücher, Decken etc. etc. in grösster Auswahl billig und gut.
Carl Schloss,
Wienerstr. 22.
Damen- und Kinder-Hüte jetzt unter Preis.

Für die Reise und Ferien:
Kinder-Kleiderchen, Knaben-Waschanzüge, Strümpfe, Hüte, Handschuhe, Damen-Blusen, Gürtel und Schleifen, Steppdecken, Schlafdecken, Sommer-Knaben- u. Herren-Jackets, Panamasocken, Ledertaschen, Picknick-Dosen, Touristentaschen.
Grösste Auswahl zu billigsten Preisen. **F. Nahrstedt, Wrangelstrasse 40/41.**

Fahrräder
Zieht großes Lager erhaltener Fahrräder auf Teilzahl, ohne Vorzahlung, können werden constant Zahl-Bestellungen. **Adomeit & Landau** Lothringerstr. 48 l. Nicht am Rosenfelder Thor.

Verlangen Sie gratis!
HARMONIA-FAHRRÄDER
MOTOR-RÄDER
Zubehör-Theile
Kammania-Fahrräder-Fabrik
A. H. UELTZEN, HAMBURG

Arbeiten-Unterstützungsbund der Schneider.
Unter Mitglied
H. Dembowski
am 3. Juli verstorben. Die Beerdigung findet am 6. Juli, nachmittags um 3 Uhr, von der Galle des katholischen Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. 166/17 Die Ordervorwaltung.

Neunte Abänderung zum Statut der Allgemeinen Orts-Arbeitskassen gewerblicher Arbeiter u. Arbeiterinnen zu Berlin.
Artikel I.
Abänderung des § 13, im zweiten und dritten Satz hat zweifundzweifzigste Woche zu setzen; neununddreifzigste Woche. 26/20
Am § 16 hat 52 Wochen zu setzen; 39 Wochen.
In der sechsten Abänderung zum Statut im zweiten und dritten Satz zu setzen, statt sechsundzwanzigste Woche; neununddreifzigste Woche. 26/20
Abänderung im vierten Satz zu setzen, statt 26 Wochen; 39 Wochen. Artikel II.
Vorstehende Abänderungen treten vier Wochen nach der erfolgten Genehmigung seitens des Bezirks-Ausschusses in Kraft.
Der Vorstand.
Paul Lade, Vorsitzender.
Vorstehende Abänderung wird hierdurch genehmigt.
Berlin, den 14. Juni 1899.
Der Bezirks-Ausschuss.
Kobler.
(L. S.)
C. 225/229-ad 1631. Sec. II. 99.

Teilzahlung
monatlich 10 Mk.
Herrn **Horstgarderobe**
u. **Max Tomporowski, Schmelzerstr. 16, II.** an der Annenstr. (Nah) barer Cassa billige Preise. *

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.
Den Mitgliedern und Vorstandsmitgliedern zur Nachricht, dass die Vorstands-Sitzung des Johannis-Festes wegen am Freitag, den 7. Juli, stattfindet. **Sonnabendnachmittag von 2 Uhr ab, bleibt das Vereinsbureau geschlossen.** 95/15 **Albert Hassial**, Vorsitzender.

Ferien.
Alles was zur Reise fehlt:
Wäsche, Blusen, Anzüge, Kleiderchen, Schürzen, Strümpfe, Trikotagen, Bade-Artikel, Sporthemden, Gürtel, Mützen, Schirme, Tücher, Decken etc. etc. in grösster Auswahl billig und gut.
Carl Schloss,
Wienerstr. 22.
Damen- und Kinder-Hüte jetzt unter Preis.

Für die Reise und Ferien:
Kinder-Kleiderchen, Knaben-Waschanzüge, Strümpfe, Hüte, Handschuhe, Damen-Blusen, Gürtel und Schleifen, Steppdecken, Schlafdecken, Sommer-Knaben- u. Herren-Jackets, Panamasocken, Ledertaschen, Picknick-Dosen, Touristentaschen.
Grösste Auswahl zu billigsten Preisen. **F. Nahrstedt, Wrangelstrasse 40/41.**

Fahrräder
Zieht großes Lager erhaltener Fahrräder auf Teilzahl, ohne Vorzahlung, können werden constant Zahl-Bestellungen. **Adomeit & Landau** Lothringerstr. 48 l. Nicht am Rosenfelder Thor.

Verlangen Sie gratis!
HARMONIA-FAHRRÄDER
MOTOR-RÄDER
Zubehör-Theile
Kammania-Fahrräder-Fabrik
A. H. UELTZEN, HAMBURG

Die beste Medicin. M. & W. Müllers Nordlicht-Magenwein
Ist feiner als Benedictiner; befördert die Verdauung; macht aus jedem Griesgram einen fröhlichen Menschen; kostet pro Original-Nordlicht 1 Mk. 25 Pf.; ist in allen Destillations-, Destillateh- und kolonial-Geschäften zu haben.
M. & W. Müller, Kornbrauereibrennerei, Berlin, Waldemarstrasse 29.
Prämiiert mit Ehrenzeugnissen und mit goldenen Medaillen.

Für die Reise!!

Lederwaaren.

Reisekoffer, grau	ca. 50	55	60 cm.
	2,50	2,85	3,25
	Mk.	Mk.	Mk.
Reisekoffer, braun	2,75	3,25	3,75
	Mk.	Mk.	Mk.

Reisekoffer m. Falten u. Riemen	ca. 45	50	55	60 cm.
	3,75	4,25	4,75	5,50
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.

Segeltuchkoffer, braun mit Falten	8,50	9,50
Lederkoffer mit Falten ca. 55 cm	14,50	
Hutkoffer	2,90	
Rucksäcke	1,90	2,50
Touristentaschen 95 Pfg.	1,65	2,40
Trinkflaschen mit Riemen	45 Pfg.	95 Pfg.

Plaidriemen, ca. 100 cm lang	45 Pfg.
Reisekörbe, ca. 18 20 22 25 28 31 Zoll	3,50 4,50 5,00 6,50 7,75 8,75
Ballschläger	65 Pfg. 85 Pfg.
Tennisbälle	40 Pfg. 65 Pfg.
Hängematten	95 Pfg. 1,90 2,85
Triumphstühle	1,90 2,40 3,50
Couriertaschen	95 Pfg. 1,50 2,90

Handschuhe.

Flor-Rundgewebe, mit verstärkten Fingerspitzen	46 Pfg.
Leinene Damenhandschuhe, farbig	70 Pfg.
Reinseid. Damenhandschuhe, farbig u. schwarz	1,10 1,50
Zwirn-Halbhandschuhe für Kinder	18 Pfg.
Zwirn-Halbhandschuhe für Damen	23 Pfg. 35 Pfg.

Parfumerie und Seifen.

Deutsche Haushaltseife	15 Pfg.
Eiskopfwasser	95 Pfg.
Mundwasser	45 Pfg. 60 Pfg. 95 Pfg.
Kosmin-Mundwasser	1,50 Mk.
Eucalyptus-Mundwasser	45 Pfg. 70 Pfg.
Taschen-Apotheken	45 Pfg.
Eau de Cologne, gegenüber d. Jülichplatz	70 Pfg. 1,35 Mk.
Poudre de Riz	35 Pfg.
Taschentuch-Parfum	45 Pfg. 95 Pfg.
Bartbinden-Monopcl	25 Pfg.
Bartbinden (Weltbinden)	45 Pfg.
Bartbindenkämme	35 Pfg.

Schreibwaaren.

Postkarten-Album für 100 200 Karten	45 Pfg. 75 Pfg.
10 Postkarten mit Ansichten von Berlin	10 Pfg.
Butterbrotpapier 100 Bogen	25 Pfg.
Reiselektüre, Zola-Romane, Band	38 Pfg.
Jandorf-Bücher, Romane, Band	15 Pfg.

Damen-Confection.

Staubmäntel für Damen	5,75 6,75
Jacken-Reisecostüme	9,75 11,75
Blousen-Oberhemden	1,65 2,25

Costüme-Röcke, schwarz gemust. Alpaca	3,60
Costüme-Röcke, Prima reinwoll. Cheviot	5,35
mit Stoss und Besenborde	

Bade-Artikel.

Badekappen, Stück	15 Pfg. 18 Pfg. 25 Pfg.
Frottirhandtücher	38 Pfg. 48 Pfg. 60 Pfg.
Frottirlaken für Kinder	1,20 1,55 2,10
Frottirlaken für Erwachsene	3,30 3,65 4,25
Bademäntel	2,80 3,30 4,65
Badeanzüge	70 Pf. 95 Pf. 1,00 1,15
Bade-Pantoffel in Stroh	20 Pfg.

Knaben- und Herren-Garderobe.

Grüne Sommerjoppen für Knaben, Burschen, Herren	95 Pfg. 1,05 1,15				
Sommer-Lodenjoppen in verschied. Farben	3,15				
Reise-Havelocks in verschied. Farben	7,90				
Schwarze Sommerjackets (Lüstre-Imitation)	1,95				
Lüstre-Jaquets	2,90 3,70 4,60				
Matrosenkragen 28 Pfg. 38 Pfg. 42 Pfg. 48 Pfg.					
Sommer-Schulanzüge, hochgeschlossenes Façon, für das Alter von:					
ca. 8-9	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14 Jahren
2,65	2,90	3,15	3,40	3,65	3,90
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.

Schuhwaaren.

Stoff-Reiseschuhe mit Ledersohlen			
Größe ca. 24/29	30/35	36/42	43/47
80 Pfg.	1,00	1,00	1,40
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Stoff-Reisepantoffel für Damen	55 Pfg.		
Braune Ziegenleder-Halbschuhe für Mädchen und Knaben	75 Pfg.		
Größe ca. 25/26	27/30	31/35	
2,25	2,50	2,85	
Mk.	Mk.	Mk.	

Jedes 5 Pfennig. Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigebestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Reinigung krankheitshalber zu verkaufen Saldinerstraße 11. 9576
 Milchgeschäft sofort billig zu verkaufen. Secauerstraße 9. 11406
 Sämtliches Bauern-Handwerkzeug billig zu verkaufen. Nebenwalderstraße 51, vorn IV links. 76
 Wäschebind. Spiegelbind. Spiegel verkauft. Wollsch. Invalidenstraße 146.
 Sesseltisch, Mahagoni, billig zu verkaufen. Kottbuserstraße 18 bei Freund. 11536
 Drehröhle, englische, verkauft für Schilling. Langhausstraße 69, Weihensee. 11515
 Kaminfenster, feine, Eiser 75, Stange, Hinten, Kreuzschüssel 1., Reifige 80, Bagarien billig. Säger, Andreasstraße 39. 11496
 Klavier, gut erhalten, umhändelt halber für 30 Mark verkauft. Dänel, Friedrichsberg, Schwanenstraße 73, 2 Treppen. 11416
 Bettstellen, Matrassen, Kleiderbind, Wäschebind, Säulentransport, Betteln, Wasstrone, Rückenstuhl abtreifbar sofort spottbillig verkauft. Waldemarstraße 27, vorn I. 93/8
 Badewanne, heizbar, Nähmaschine, gebraucht. Wiesenstraße 35, zum Frauenbild. 11256
 Betten, Schlafbetten, Steppbetten, Vorküchen, Kleiderbügel, Leppche, Tischdecken, Regulatoren, Remontieren spottbillig Pfandliche Reanberstraße 6. 90/20*

Vermischte Anzeigen.

Steppdecken kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmandel, Berlin, Wallstraße 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 19332*
 Hämmungs-Ausverkauf Dammwegstraße 1, in Wäsche, Tricotagen, Hüden, Felleis, Gardinen, Strohhüten, spottbillig. 9936
 Möbel, Saar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ede Königsbergerstraße. 412*
 Steppdecken kauft man direkt vom Anfertiger. Schmeizler, Blumenstraße 13. 19672*
 Gelegenheitskauf, rote Wollgarnitur, Patent-Schlafsofa, Wollschiffette, Rückenstuhl, Kuchel-Beistelle mit Federboden. Anklamerstraße 20, Laden. 9276
 Strickmaschinen für Familien- und Hausgebrauch, auch auf Teilzahlung. Gustav Drederick, Engel-Über 20. 713
 Kanarienhäube, Vorschläger, verkauft Joachim, Brunnenstr. 97. 9636
 100 verschiedene echte Briefmarken 30 Pfennig, Porto 10 Pfennig. 1942b
 G. Vertens, Weipzig, Weststr. 93.
 Cigarren-Fabrik A. Lieb, Charlottenburg: Kaiser Friedrichstraße 37b, Berlin: Invalidenstraße 124. Verläumt Nummern 21. 5 Pfennig, 27-29. 6 Pfennig, 22. 7 Pfennig. [*
 Trauringe nach Maß sofort Goldschmiedstraße 33 parterre.
 Goldwaren-Ausverkauf, spottbillig, Stahlgerstraße 126 parterre. 13*
 Bankstellen. Großartige Zukunft hat eine neuerrichtete Kolonie dicht an der Chaussee. Bauerlaubnis ausgegeben. Gute 25 R. Kaufkraft erzielt J. Scholz, Kommandantenstraße 58. 9485

Arbeitsmarkt.

Gute Arbeiterinnen auf Mädchenjeden verlangt Schulz, Kanapfstr. 7, Hof 4 Tr. 740*
 Arbeiterinnen auf Mädchenjeden. Arbeitslohn 0,75-1,10 R., verlangt Steinm., Königsbergerstr. 19, II. 740*
 Wamsells auf Jadenst außer dem Hause Gottwald, Mariannenstraße 31, III. 11245
 In Arbeitsmarkt durch besonderen Ernst hervorgehobene Anzeigen folgen 10 Pf. pro Zeile.
Dfenzeiger, aber nur sauberen Arbeiter, stellt sofort ein. 10105
 Otto Gutzmann, Reuravon.
Tüchtiger Formwahrer und Sijeleur, der in großen Metallwaren-Fabriken (Metallgießereien) tätig war, in jeder Richtung selbständig ist und auch den Betrieb kennt, wird deunus Einführung neuer, von demselben zu beauftragender Artikel, für welche er die Gussformen anzufertigen hätte, von einer Bauscherei aufgenommen. Offerten von nur 12 Kräften samt Kasse über bisherige Verwendung und Gehaltsansprüche sind zu richten sub Chiffre P. Z. 938 an Rudolf Mosso, Prag. 2/200*
Achtung, Holzarbeiter! In der Tischfabrik von Scholz, Weberstraße 7, 2. Hof, II, haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Bezug fernhalten.
Wassergoldwäher. Welche Polier-erinnen finden dauernde Beschäftigung. Dornsdorf, Wittichnerstraße 62, vorn I. 11395
Knabenhofen- und Wägenarbeiterin verlangt Winter, Frankfurter Allee 99, 3 Treppen. 740
Wagborten-Rührerin, auch lernen. Frau Vanger, Forsterstraße 45. 731
Aufgeherinnen an der großen Stein- und Schmelzpresse verlangt bei hohem Lohn Wilhelm Voelke, Reichensbergerstraße 158. 731
Kartonarbeiterinnen, geübte, bei gutem Lohn verlangt, Wallergasse 3. 745

Vermietungen.

Mühlenstraße 8, nahe Oberbaum Parkstrasse und Schleißerhof Bahnhof, sind vom 1. Oktober freundliche Wohnungen von zwei und einer Etage nebst Küche, Kloset und Zubehör billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Portier. 31K*
Schlafstellen. Parteigenosse findet freundliche Schlafstelle bei Frau, Streiberstraße 58. 745

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten:
 Robert Wengels, Prachtstr. 30, S.
 E. Vogel Wwe., Rappenstr. 83.
 Gbr. Schulz, Mühlentstr. 14.
 Nordosten:
 J. Reul, Baranistr. 42.
 Norden:
 W. Gahmann, Grünhaldenstr. 65.
 Karl Wied, Rastanstr. 95/96.
 Emil Stolzenburg, Weichstr. 14.
 E. Dechand, Nauenplatz 24.
 G. Vogel, Demuthstr. 32.
 Nordwesten:
 Karl Anders, Salzweberstr. 8.
 Südwesten:
 F. Cöndorge, Bergmannstr. 23 & II.
 G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
 Süden:
 Hans Baake, Drebbenerstr. 52/53.
 G. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
 Südosten:
 Fritz Thiel, Stahlgerstr. 35.
 W. Geise, Wrangeistr. 58.
 Martin Weich, Wallberstr. 24.
 Centrum:
 P. Sorich, Spidstr. 37.
 Charlottenburg:
 Gnh. Schandberg, Schillerstr. 94 I.
 H. Tich, Kaiser Friedrichstr. 37b.
 Friedenau:
 G. Bernsee, Kirchstr. 15.
 Friedrichsberg:
 Anton Kopp, Friedrichstr. 4.
 Pankow:
 Summert, Rader Friedrichstr. 15.
 Rixdorf:
 E. Ostermann, Gutf. 6.
 G. Heber, Hermannstr. 50.
 Schöneberg:
 Wilh. Väumler, Apothekenstr. 13.
 Weissensee:
 Heinrich Bachmann, Weidenerstr. 1.
 Julius Schickert, Königschaussee 39a.
 Rob. Pieschvogel, Gustav-Adolfstr. 16.